DEUTSCHER ISLAMOPHOBIEBERICHT 2018

ANNA-ESTHER YOUNES

SETA | BERICHT

DEUTSCHER ISLAMOPHOBIEBERICHT 2018

SETA

COPYRIGHT © 2019
Alle Rechte sind vorbehalten. Alle Rechte dieser Veröffentlichung gehören der Stiftung SETA - Stiftung für Politik-, Wirtschaft- und Gesellschaftsforschungen (SETA). Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form ganz oder teilweise elektronisch bzw. mechanisch (durch Fotokopie, Niederschrift, Speichern von Informationen oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung von SETA gedruckt, vervielfältigt, veröffentlicht, reproduziert, verbreitet bzw. vertrieben werden. Es darf nur mit Quellenangabe zitiert werden.

SETA - Veröffentlichungen 158
I. Druck: März 2020
ISBN: 978-625-7040-33-4

Ausführung: Erkan Söğüt
Titelbild: shutterstock.com
Druckerei: Turkuvaz Haberleşme ve Yayıncılık A.Ş., Istanbul

SETA | STIFTUNG FÜR POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTLICHE FORSCHUNG
Nenehatun Cd. No: 66 GOP Çankaya 06700 Ankara TÜRKEI
Tel: +90 312 551 21 00 | Fax: +90 312 551 21 90
www.setav.org | info@setav.org | @setavakfi

SETA | Istanbul
Defterdar Mh. Savaklar Cd. Ayvansaray Kavşağı No: 41-43
Eyüpsultan İstanbul TÜRKEI
Tel: +90 212 395 11 00 | Fax: +90 212 395 11 11

SETA | Washington D.C.
1025 Connecticut Avenue, N.W., Suite 1106
Washington D.C., 20036 USA
Tel: 202-223-9885 | Fax: 202-223-6099
www.setadc.org | info@setadc.org | @setadc

SETA | Kairo
21 Fahmi Street Bab al Luq Abdeen Flat No: 19 Kairo ÄGYPTEN
Tel: 00202 279 56866 | 00202 279 56985 | @setakahire

SETA | Brüssel
Avenue des Arts 27, 1000 Brüssel BELGIEN
Tel: +3226520486

SETA | Berlin
Französische Strasse 12, 10117 Berlin DEUTSCHLAND
Tel: +493020188465

DEUTSCHER ISLAMOPHOBIEBERICHT 2018

ANNA-ESTHER YOUNES

SETA
SİYASET, EKONOMİ VE TOPLUM ARAŞTIRMALARI VAKFI
FOUNDATION FOR POLITICAL, ECONOMIC AND SOCIAL RESEARCH
مركز الدراسات السياسية والاقتصادية والاجتماعية

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG | 7

LÄNDERPROFIL | 9

EINLEITUNG | 11

BESONDERE VORKOMMNISSE UND
ENTWICKLUNGEN IM KALENDERJAHR 2018 | | 14

ARBEITSMARKT | 19

BILDUNG | 23

POLITIK | 25

MEDIEN | 32

JUSTIZWESEN | 34

INTERNET | 38

ZENTRALE FIGUREN IM ISLAMOPHOBIE-NETZWERK | 40

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE INITIATIVEN
GEGEN ISLAMFEINDLICHKEIT | 41

ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN | 45

CHRONOLOGIE | 46

DR. ANNA-ESTHER YOUNES erforscht und lehrt kritische Theorien der Rasse (und des Rassismus) aus dem Blickwinkel psychoanalytischer und post-/kolonialer Theorien. 2016 promovierte sie mit der Arbeit zum Thema „Rasse, Kolonialismus und die Figur des Juden in einem neuen Deutschland" am IHEID in Genf, CH. Younes definiert ihre Arbeit durch das (anthropologische) Konzept der „Heimatforschung" und „Forschung über die Machtverhältnisse" und ist derzeit Postdoktorandin an der Universität Amsterdam (UvA), Niederlande. 2016 war sie eine der beiden Hauptkuratorinnen des ersten einmonatigen, internationalen und interdisziplinären Palästinensischen Kunstfestivals, das in Berlin stattfand. Younes sieht ihren künftigen Fokus in der Lehre und Forschung im Bereich der Kritischen Rassentheorien und Kulturwissenschaften und will sich kontinuierlich in Formen der Pädagogik des "demokratischen Klassenzimmers" im Dialog mit ihren Schülern engagieren. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist sie in antirassistischen Netzwerken in Berlin und darüber hinaus aktiv. Seit 2019 ist sie auch Laienrichterin am Berliner Jugendgericht und wurde demokratisch in den ersten „Parkrat" in Berlin gewählt.

Haftungsausschluss: Die Tatsachen- und Meinungsbekundungen in den nationalen Berichten des *Europäischen Islamophobie-Berichts* sind die der jeweiligen Autoren. Sie drücken nicht zwangsläufig die Meinung der Herausgeber oder der Förderinstitutionen aus. Die Richtigkeit der inhaltlichen Darstellungen in den nationalen Berichten wird weder ausdrücklich noch stillschweigend bestätigt. Die Herausgeber des *Europäischen Islamophobie-Berichts* können weder eine rechtliche Verantwortung noch eine Haftung für eventuelle Fehler oder Unterlassungen übernehmen. Der Leser muss die Richtigkeit und Angemessenheit des Materials selbst bewerten.

Zitieren dieses Berichtes bitte wie folgt: Anna-Esther Younes: *Islamophobie in Deutschland: Nationaler Bericht 2018*, in: Enes Bayrakla & Farid Hafez, *European Islamophobia Report 2018*, Istanbul, SETA.

ZUSAMMENFASSUNG

Der diesjährige Bericht konzentriert sich auf die engen Verflechtungen von Rasse, Klasse und Herrschaft. Er arbeitet Verbindungen zwischen europäischen Grenzregimen, Sozialpolitik und Islamophobie in Deutschland im Jahr 2018 heraus. Vor diesem Hintergrund ist Migration der Dreh- und Angelpunkt, durch den rassifizierende Ausschlüsse hauptsächlich stattfanden. Wenn man berücksichtigt, dass verschiedene Gruppen in unterschiedlicher Weise rassifiziert werden, ist es auffällig, dass Erfahrungen von „Schwarzsein" und „Arabisch-/Muslimischsein" einander immer mehr ähneln. Dabei handelt es sich z. B. um zeitgenössische Diskussionen rund um Antisemitismus, Entwicklungen, die die Erfahrungen von schwarzen US-Amerikanern widerspiegeln: eine Politik der plötzlichen Inhaftierung mit möglichen lebensbedrohlichen Konsequenzen; prekäre Arbeitsbedingungen bis hin zur völligen Ausbeutung; eine Grenzpolitik, die Europa gegenüber Afrika und dem Nahen Osten abriegelt; oder einfach Ähnlichkeiten in der Kulturpolitik, besonders hinsichtlich der Rap-Musik und im Sport. Das Jahr 2018 hat zudem gezeigt, dass „Migration" und „Asylpolitik" die vorherrschenden Räume sind, in denen ein tödlicher Dreiklang von Migration, Asyl und Rasse zusammenkommen kann, etwa wenn das Publikum bei einer öffentlichen AfD-Veranstaltung mit Blick auf Seenotflüchtlinge „Absaufen, absaufen, absaufen!" skandiert. Islamophobe Diskurse in Deutschland haben sich in ihren konzeptuellen Benennungspraktiken in den vergangenen 70 Jahren vom „Gastarbeiter" über den „Ausländer", zum „Muslim" und heutigen „Wirtschaftsmigranten" und/oder

„-flüchtling“ schlussendlich zur (islamistischen) physischen „Bedrohung“ verschoben. Dies legt auch eine rassifizierende Ökonomie offen, die frühere *Gastarbeiter* und deren Beiträge nicht nur diskursiv entwertet (vom „*Gast-/Arbeiter*“ zum „*Muslim*“ und zur „*Bedrohung*“), sondern die dieselben Gruppen durch ihre verschiedenen Benennungspraktiken nun auch als ökonomische „*Trittbrettfahrer*“ oder existenzielle „*Bedrohungen*“ betitelt. Obwohl laut offiziellen staatlichen Statistiken in Deutschland die Anzahl der physischen Angriffe gegen deutsche Muslime, Geflüchtete und Migranten gesunken ist, gibt es genug Anlass zur Sorge: Die sogenannten „Konservativen Revolutionäre“ der alten und neuen Rechten professionalisieren sich politisch, ökonomisch sowie in den sozialen Medien, bis hin zu professionell organisierten Musikveranstaltungen und militärischen Trainings. Die Formen der politischen Gewalt, die 2018 zu erleben waren, sind gekennzeichnet von einem Menschen jagenden Mob, koordiniert durch das Internet – wie in Chemnitz, wo (weiße) westliche Globalisierungsopfer die Opfer des westlichen Imperialismus und des Krieges durch die Straßen jagten. Im Jahr 2018 war Islamophobie in Deutschland somit weiterhin eine in gefährlicher Weise erfolgreiche Politik mit wachsender Tendenz zu mobartiger Straßengewalt.

LÄNDERPROFIL

Land: Deutschland

Art des Regimes: Föderale und repräsentative Demokratie

Regierungsform: Bundesrepublik, Kanzler

Regierungsparteien: CDU, CSU und SPD

Oppositionsparteien: Grüne, Linke, FDP, AfD, fraktionslose Abgeordnete.

Letzte Wahlen: Wahlen 2017 – CDU/CSU 33 Prozent (246 Sitze), SPD 20,5 Prozent (153 Sitze), AfD 12,6 Prozent (94 Sitze), FDP 10,7 Prozent (80 Sitze), Die Linke 9,2 Prozent (69 Sitze), Grüne 8,9 Prozent (67 Sitze).

Gesamtbevölkerung: 83 Millionen (2018, Statistisches Bundesamt, Deutschland)

Meistgesprochene Sprache: Deutsch

Mehrheitsreligion: Christentum

Fälle von Islamophobie: Bis September 2018 gab es laut Polizeistatistik 449 Angriffe auf deutsche Muslime, 22 Angriffe auf Moscheen, 1.118 Angriffe auf Flüchtlinge, 127 Angriffe auf Asylheime und 63 Angriffe auf Helfer. Das ist weniger als 2017, wo es im Laufe des Jahres rund 2.200 Angriffe auf Flüchtlinge und Asylheime und 900 Angriffe auf deutsche Muslime gegeben hatte. Im Jahr 2016 gab es insgesamt rund 3.500 Angriffe.

Statistik zu Rassismus und Diskriminierung: 2017 – 6.434 fremdenfeindliche Straftaten; 794 fremdenfeindliche Gewalttaten; 1.277 rassistische Straftaten; 158 rassistische Gewalttaten. Alle Daten sind vorläufig und Polizeistatistiken entnommen. (BMI, *Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2017*, Bundesweite Fallzahlen)

Religionsstatistik (Anteil der Bevölkerung): 2016 – 82.521.700 Millionen Einwohner insgesamt: Christentum 45.504.000, Judentum 99.000, keine offizielle Zahl für Muslime. (Bundesamt für Statistik, Deutschland)

Muslimische Bevölkerung: Zwischen vier und 5,2 Millionen Menschen. Es gibt jedoch keine offizielle und zuverlässige Statistik. (Siehe Laura Cwiertnia und Kolja Rudzio, „Islamdebatte: Wie viele Muslime leben in Deutschland?", *Die Zeit*, 18. April 2018)

Hauptorganisationen der muslimischen Gemeinschaft: Türkisch-Islamische Union für religiöse Angelegenheiten (DITIB); Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland (AMJ); Islamische Gemeinschaft Milla Görüs (IGMG); Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD); Union islamischer Kulturzentren (VIKZ); Islamische Gemeinschaft schiitischer Gemeinschaften in Deutschland (IGS).

Wesentliche NGOs zur Bekämpfung der Islamophobie: Mehrere kleine NGOs in lokalen Städten, es fehlt an größeren bundesweiten Initiativen.

Größere rechtsgerichtete Parteien: AfD (Alternative für *Deutschland*), NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands), REP (Die Republikaner)

Islamfeindliche oder rechtsextreme Bewegungen: Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida), IB (Identitäre Bewegung), Reichsbürgerbewegung

Rechtsextreme Terrororganisationen: Terroristische Gefahren gehen vorwiegend von Einzelpersonen aus, einige davon weisen eine Nähe zur Reichsbürgerbewegung auf.

Einschränkungen islamischer Praktiken

- **Kopftuchverbote**: Ein Verbot des Tragens des Hidschabs und anderer islamischer Kopfbedeckungen besteht für Frauen, die Funktionen im Staatsdienst, etwa vor Gericht, als Anwältinnen, in der Schule (als Lehrerinnen) oder in der Polizei ausüben. Die meisten gemeldeten Fälle von Diskriminierung aufgrund des Hidschabs stammen jedoch aus privaten Unternehmen, in denen kein gesetzliches Verbot zum Tragen kommt, aber Einstellungen auf dieser Basis verweigert werden.
- **Halal-Schlachtverbot**: Nein
- **Minarettverbot**: Nein
- **Beschneidungsverbot**: Nein
- **Burkaverbot**: siehe Kopftuch
- **Gebetsverbot**: Nein

EINLEITUNG

Im Jahr 2018 sind vor allem in drei Bereichen öffentliche Debatten in rassistisch aufgeladener Weise geführt worden: (1) Eine Debatte um antisemitischen deutschen Hip-Hop und Rap (siehe *Medien);* (2) Eine Debatte um den DFB-Nationalspieler Mesut Özil und ein Foto, das er zusammen mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan gemacht hat (siehe *Politik);* (3) Rassistische Übergriffe auf Farbige in Chemnitz, nachdem ein junger dunkelhäutiger deutscher Mann bei einem Streit mit drei Asylbewerbern getötet wurde (siehe *Verbale und körperliche Angriffe*).

Darüber hinaus waren Spuren rassistisch gefärbten Nützlichkeitsdenkens auch wieder in der diskursiven Abgründen von Sicherheitsdebatten (und Anti-Terror-Gesetzen) sowie Migrationsdebatten (inklusive solcher um Asylgesetze) zu spüren, in denen immer mehr Menschen den Eindruck erweckten, wenn nicht sogar offen formulierten, in einer rein weißen Nation wirtschaftlich und politisch sicher zu sein. In diesem Bereich waren es vor allem Ängste vor islamistischen und antisemitischen Flüchtlingen/Muslimen, die angeblich den inneren Frieden in Deutschland destabilisieren, die die Kategorien „Asyl" und „Sicherheitspolitik" überschatteten. Bereits Anfang des Jahres wurde eine politische Forderung, antisemitische Ausländer aus nordafrikanischen und arabischen Herkunftsgebieten („*Nährböden")*[1] auszuweisen, von den meisten etablierten Fraktionen des Deutschen Bundestages angenommen.

Zudem wird weiter darüber gestritten, wer die Zukunft Deutschlands repräsentieren soll: Sind es die politisch rechten Bewegungen und Parteien (d. h. vor

1. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Antisemitismus entschlossen bekämpfen", Deutscher Bundestag, 17. Januar 2018, https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/004/1900444.pdf, (Zugangsdatum: 2. September 2019).

allem die Partei Alternative für Deutschland, AfD) oder sind es die „antirassistischen" Demonstranten, die unter dem Motto „Wir sind mehr!" in Zeiten der Chemnitz-Krise auf die Straße gegangen waren? Oder wird es ein Comeback etablierten Parteien sein, die um die Aufmerksamkeit der Wähler kämpfen? In diesem Kampf, der mit verbalem und realem Feuereifer geführt wird, schwebt die Figur des „Brandstifters" bei rassistischen Demonstrationen über der Gesellschaft und stellt sich als ein schlechtes Omen dar. Und während weiße Deutsche auf den Straßen von Chemnitz Farbige und sogenannte „muslimische Kriminelle" jagten, reiste Kanzlerin Merkel nach Senegal, Ghana und Nigeria, um das zu bewahren, was derzeit auf den Bühnen der Weltpolitik stirbt: Diplomatie, verbunden mit der verführerischen, aber trügerischen Weitsicht des Neoliberalismus, die Afrikas Politiker dazu veranlassen soll, die Menschen im Austausch gegen (europäisch unterstützten) wirtschaftlichen Wohlstand an der Flucht nach Europa zu hindern. Die eben geschilderte Strategie wird gemeinhin als „Bekämpfung der Fluchtursachen" bezeichnet und umfasst Wirtschaftspartnerschaften, Bildungsaustauschprogramme, den Know-how-Transfer im Bereich der Militär-, Polizei- und Inhaftierungstaktiken und nicht zuletzt in sozialen Angelegenheiten.[2] Dementsprechend wurde das ohnehin instabile Konzept der „Klasse" bei Merkels Besuch in Ghana dem der „Nation" untergeordnet, wo die Kanzlerin erklärte: „Ich bin der festen Überzeugung, dass eine prosperierende Europäische Union nur möglich ist, wenn wir lernen, mit Fragen der Migration und einer Partnerschaft mit Afrika umzugehen."[34]

Der AfD-Abgeordnete Petr Bystron (ein ehemaliges FDP-Mitglied) trainierte währenddessen auf einem paramilitärischen Schießstand der „White Supremacy"-Gruppe *Suidlanders* in Südafrika[5], möglicherweise um ein Beispiel für künftige „Rassenkriege" zu geben, die sich als Paradigmen von Herrschaft und

2. Spätestens seit der Berliner Westafrika-Konferenz 1884-85 wurden koloniale Unternehmungen in erster Linie auf der Basis liberaler Ideen umgesetzt, wobei die Unterzeichner sich verpflichteten, humanitäre Ethik zu etablieren und aufrechtzuerhalten (wie „moralisches und materielles Wohlergehen" ihrer Untertanen, ein Ende der Sklaverei, Bildung, Gewissensfreiheit und religiöse Toleranz usw.) und der Menschheit zu dienen.

3. Tamila Varshalomidze, „Migration wird ganz oben auf Merkels Agenda stehen bei ihrer Westafrika-Tour", Al-Jazeera Online, 28. August 2018, https://www.aljazeera.com/indepth/features/migration-expected-top-merkel-agenda-west-africa-tour-180825154635346.html (Zugriffsdatum: 2. September 2019).

4. „Kanzlerin Merkel in Ghana", Die Bundeskanzlerin, Mediathek, 30. August 2018, https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/mediathek/kanzlerin-merkel-in-ghana-1526736!mediathek?query (Zugriffsdatum: 2. September 2019). Deutsche Originalfassung: „Ich glaube ganz fest daran, dass es eine prosperierende Europäische Union nur dann geben kann, wenn wir mit den Fragen der Migration und den Fragen der Partnerschaft mit Afrika klarkommen."

5. Heiner Hoffmann und Ulrich Neumann, „AfD im Rassenkrieg?: Der Abgeordnete Petr Bystron und seine südafrikanischen Freunde", SWR-Bericht, 19. Dezember 2018, https://www.swr.de/report/reise-bezahlt-vom-bundestag-bundestag-afd-abgeordneter-absolviert-mit-suedafrikanischen-rassisten-gemeinsames-schiess Training/-/id=233454/did=22786966/nid=233454/1kw92e6/index.html?fbclid=IwAR0y6wMX_bkt7pOygNwj N6iWXpcm-8qSeyeZ-_SUi6hwdVwryVfl6Ah1_Eos, (Zugriffsdatum: 2. September 2019).

Rasse *innerhalb* Deutschlands (etwa in Chemnitz) in den Köpfen von Menschen entfalten und sich parallel zur Erweiterung des wirtschaftlichen Prekariats ausbreiten. Nach Angaben der Nationalen Armutskonferenz (NAK) gelten 16,2 Prozent der Bevölkerung als arm, Hauptrisikofaktoren sind prekäre Arbeitsbedingungen, Alleinerzieherhaushalte (hauptsächlich Frauen und rund zwei Millionen Kinder, die nicht in der Statistik stehen) oder geringe Altersrenten.[6] Der Niedriglohnsektor, in dem weltweit rund 80 Prozent der Weltbevölkerung tätig sind, beschäftigt in Deutschland 7,5 Millionen Menschen (laut NAK-Bericht fast jeden vierten Beschäftigten und 22,6 Prozent der Bevölkerung); das ist mehr als doppelt so viel wie in den 1990er Jahren.[7]Rund 1,2 Millionen Menschen in Deutschland müssen ihr niedriges Erwerbseinkommen durch staatliche Zuwendungen ergänzen (NAK-Bericht); rund eine Million Menschen sind Lohnarbeiter[8], aber nur rund 2,2 Millionen Menschen sind offiziell als arbeitslos gemeldet.[9] Die Widersprüchlichkeit der Ergebnisse[10] der so genannten unsichtbaren Hand des freien Marktes bestärkt somit ein Governance-System, in dem sich „in den letzten Jahren die Armut in Deutschland verfestigt […], während die Arbeitslosigkeit [statistisch] abnimmt".[11]

Über „Rasse" fantasieren die einen, aber auch auf die „Klasse" wird zurückgegriffen, wenn es darum geht, die anderen zu delegitimieren. Kombiniert wird beides etwa im Zusammenhang mit den Gerüchten über die „vielen Handys", die Flüchtlinge angeblich besitzen, was als Hinweis auf einen ungerechtfertigten Status oder die fehlende Notwendigkeit von Asyl im Allgemeinen interpretiert wurde, oder wie im Fall der palästinensischen deutschen Politikerin Sawsan Ch-

6. Tina Groll, „1.4 Milliarden Menschen arbeiten unter widrigen Umständen", Die Zeit (online), 7. Mai 2018, https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-05/niedriglohn-digitalisierung-atlas-arbeitswelt-boeckler-institut-kluft (Zugriffsdatum: 2. September 2019).

7. „Armut stört - Schattenbricht der Nationalen Armutskonferenz"; Nationale Armutskonferenz - NAK, 17. Oktober 2018, https://www.nationale-armutskonferenz.de/wpcontent/uploads/2018/10/Schattenbericht-2018_2019.pdf (Datum des Anmeldetermins: 2. September 2019).

8. Susan Bonath, „Neues aus den Unterklassen: Wie der Lohnarbeitsmarkt erodiert und Statistiken manipuliert werden", RT Deutsch, 5. September 2018, https://deutsch.rt.com/inland/75494-neues-aus-unterklassen-lohnarbeitsmarkt-erodiert/ (Zugriffsdatum: 2. September 2019).

9. „Der Arbeitsmarkt im Dezember 2018", Bundesagentur für Arbeit – Statistik, https://statistik.arbeitsagentur.de/ (Zugriffsdatum: 2. September 2019).

10. Im Oktober 2018 veröffentlichte die Caritas Deutschland sogar ein 13-Punkte-Handbuch zum Umgang mit Bettelnden und informiert über 13 gängige Stereotype. Mehr Information unter: Caritasverband für die Stadt Köln e.V., „Armut in Deutschland: 13 Tipps für den Umgang mit bettelnden Menschen", Caritas Deutschland, https://www.caritas.de/beitraege/13-tipps-fuer-den-umgang-mit-bettelnden-menschen/1130389/?fbclid=IwAR2yK7z-dxIIQ3OQKb8GA3DCU3mqNs3PKag8_uH0BvTovXFy-F8vcYiOC_Zo (Zugriffsdatum: 2. September 2019).

11. „*Armut stört - Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz*", Nationale Armutskonferenz, S. 20.

ebli, die online ob eines (fünf Jahre alten) Foto angegriffen wurde, das sie mit einer Rolex-Uhr zeigt.[12]..

In einem Wirtschaftssystem, das jeden austauschbar gemacht hat, können die Vorteile der Weiße von mehreren Seiten behauptet und angesprochen werden (über Aspekte von Klasse, Rasse, Sexualität oder anderem). Weißes Identitätsbewusstsein kann also auch als Instrument gesehen werden, um die geringe soziale Wertschätzung auszugleichen, die einer prekären weißen Bevölkerung zugestanden wird. Nachdem der Neoliberalismus der Demokratie einen Marktpreis vorgegeben hat, wird die gesellschaftspolitische Vorherrschaft – anders als in der Kolonialzeit – nicht mehr nur dafür gewährt, „weiß", „deutsch" oder „europäisch" zu sein,[13] sondern wird zu etwas, das Beweise braucht, etwas, für das trans-/national gekämpft wird oder was notfalls auch physisch verteidigt werden muss. Beliebte Austragungsorte für diesen Kampf sind Bürgerdebatten, solche um wirtschaftliche Möglichkeiten, gesetzliche und öffentliche Rechte, Wohlfahrtshilfe oder das Recht auf Zuflucht. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es im Deutschland des Jahres 2018 um einen Kampf (und dessen Normalisierung)[14] um die *Eigentumsrechte der Weißen* in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Krisen ging. Die Verfolgung islamophober und rassistischer Politikansätze und Handlungen verschaffte den Menschen somit das Recht, „Zugehörigkeit" und „Repräsentation" (wieder) zu beanspruchen, aber ihre Wurzeln werden durch tiefe strukturelle Wünsche befeuert, die Gesellschaft geistig und materiell neu zu organisieren.

BESONDERE VORKOMMNISSE UND ENTWICKLUNGEN IM KALENDERJAHR 2018 |

Physische und verbale Attacken

Seit der Silvesternacht 2015/2016 ist ein Drang zur Meldung von Farbigen entstanden, die angeblich oder tatsächlich Übergriffe auf die körperliche Sicherheit weißer

12. Berliner Staatssekretärin, „Chebli deaktiviert Facebook-Account wegen Hass-Nachrichten", Tagesspiegel, 22. Oktober 2018, https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-staatssekretaerin-chebli-deaktiviert-facebook-account-wegen-hass-nachrichten/23216792.html (Zugriffsdatum: 2. September 2019).

13. Ich bin mir bewusst, dass rassische und ethnische Minderheiten wie Juden, Iren, Hugenotten und andere nicht einfach den Status des „Weißseins" auch während der Kolonialzeit hatten, zumindest nicht in Europa selbst. Die Kolonien boten den Europäern jedoch oft eine Möglichkeit, innerhalb und durch die Praktiken des Siedler-/Kolonialismus gemeinsam „weiß" zu werden. Stattdessen möchte ich mit dieser vielleicht zu vereinfachten Aussage eher die historischen Dis-/Kontinuitäten für eine „weiße Mehrheit" zum Ausdruck bringen.

14. Annette Ramelsberger, „Wenn rechte Gewalt zur Normalität wird", Süddeutsche Zeitung, 9. Januar 2019, https://www.sueddeutsche.de/politik/rechtsextremismus-sachsen-anhalt-prozess-justiz-1.4280352 (Zugriffsdatum: 2. September 2019)

Frauen verüben. In der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2018 sorgte auch der Fall des 26-jährigen syrischen Flüchtlings Amad Ahmad für Schlagzeilen, der in seiner Zelle verbrannt war. Die Geschichte begann Anfang Juli mit ein paar jungen deutschen Frauen und Ahmad an einem See. Die vier Frauen erstatteten gegen Ahmad Anzeige wegen Belästigung, weil dieser angeblich auf unangemessene Weise gestikuliert und auf sie hinübergesehen haben soll – es wurden keine körperlichen Übertretungen gemeldet. Ahmad wurde sofort eingesperrt, woraufhin die Geschichte immer bizarrer wurde: Seine Akte in Kleve, wo er zunächst in Gewahrsam genommen wurde, wurde schließlich mit der eines anderen Mannes verwechselt, der in Hamburg auf der Flucht vor der Polizei war, einem jungen männlichen Flüchtling aus Mali.[15] Beide Männer wurden als „Amed Amed" aufgeführt, was auch die einzige Ähnlichkeit darstellte. Erst nach Ahmads Tod stellte sich heraus, dass dieser zu Unrecht wegen eines Verbrechens in Gewahrsam genommen wurde, das er nur aufgrund einer angeblichen bürokratischen „Verwechslung" begangen haben soll. Dazu kam eine weitere Verwechslung vor seinem Tod, im Zuge derer Ahmad auch mit einem anderen Syrer verwechselt wurde, der wegen „Vergewaltigung" angeklagt war – dessen Fall aber fallengelassen wurde, weil das vermeintliche Opfer zugab, die Vergewaltigung erfunden zu haben. Nach alledem ist jedoch nach wie vor unklar, wie zwei so unterschiedliche Polizeiakten mit so unterschiedlichen Daten von zwei verschiedenen Polizeistationen in zwei Städten im Norden Deutschlands (Hamburg und Kleve), dazu noch zu zwei völlig unterschiedlichen Personen (einer aus Aleppo in Syrien und einer aus Timbuktu in Mali), „verwechselt" worden sein konnten. Unklar sind auch die Gründe für das Feuer in seiner Gefängniszelle, ebenso wie unklar ist, warum die Polizei den Notruf, der durch die Gegensprechanlage aus Ahmads Zelle kam, nicht beantwortet hat, als das Feuer ausbrach. Dieser Fall ist ein extremes Beispiel dafür, wie schnell selbst minimal transgressives Verhalten von Farbigen (und insbesondere von Flüchtlingen) schnell zu strafrechtlichen Konsequenzen oder gar zu ungewöhnlichen Todesfällen im Gewahrsam von Polizei und Justiz führen kann. [16] [17]

15. Stefan Buchen und Philipp Hennig, „Fehler der Staatsanwaltschaft Hamburg: ‚Wir haben den Amed Amed'", taz, 29. Januar 2019, www.taz.de/!5565684/(Zugriffsdatum: 2. September 2019).

16. „Justizversagen: Warum verbrannte Amad A. in der JVA Kleve?" Monitor - Das Erste, 25. Oktober 2018, mediathek.daserste.de/Monitor/Justizversagen-Warum-verbrannte-Amad-A-/Video?bcastId=438224&documentId=57159186 (Zugriffsdatum: 2. September 2019).

17. Ahmads Fall erinnert an einen ähnlichen Fall, in dem ein junger Flüchtling aus Sierra Leone, Oury Jalloh, 2005 in seiner Zelle verbrannt war, ohne dass diensthabende Polizeibeamte dies verhindert hätten (der Oberstaatsanwalt in Naumburg erklärte den Fall Jalloh für „verloren" und empfahl dessen Schließung im Januar 2019. Das Erste „Der Fall Oury Jalloh: Ermittlungen sollen ausbleiben", 17. Januar 2019, www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/monitor/videosextern/der-fall-oury-jalloh-ermittlungen-sollen-ausbleiben-100.html (Zugriffsdatum: 2. September 2019).

Insgesamt beliefen sich die verbalen Aggressionen und gewalttätigen Angriffe auf deutsche Muslime, die von der Polizei als islamophob eingeordnet wurden, auf eine Zahl von insgesamt 621 Anschlägen bis Ende 2018. Darunter fielen 31 Anschläge auf Moscheen (als Gebäude), 48 Menschen wurden körperlich verletzt. Die gering anmutende Zahl könnte auf eine Änderung in der Fallregistrierung zurückzuführen sein – siehe *Islamophobie in Deutschland: Nationaler Bericht* 2017. Dieser zufolge werden Fälle in bloßer Nähe zu einer Moschee nicht mehr gezählt wird, ebenso wenig Vorfälle, die Gebetsräume betreffen oder andere private Einrichtungen (z. B. Flughäfen). [18] Die Angriffe auf deutsche Muslime sind auch in Verbindung mit Angriffen auf Flüchtlinge, Asylheime sowie NGOs im Dienste von Flüchtlingen und deren Problemen zu sehen. Bis Ende 2018 gab es rund 1.335 Angriffe auf Flüchtlinge, bei denen rund 198 Erwachsene und 13 Kinder verletzt wurden.[19] Gleichzeitig wurden etwa 158 Angriffe auf Asylheime und 74 Angriffe auf Helfer gezählt. Insgesamt war jedoch ein Rückgang der Meldungen über physische Angriffe gegenüber den vorangegangenen Jahren zu verzeichnen.

In Deutschland fanden auch regelmäßig Demonstrationen der islamfeindlichen Pegida-Bewegung statt, bis Ende 2018 waren es 68, von denen 49 in Dresden stattfanden. Drei Kapitel der Vereinigung (Nürnberg, München und Mittelfranken) werden derzeit von den Verfassungsschutzbehörden überwacht.[20] Im Juni 2018 spricht ein Redner bei der Dresdner Pegida-Demonstration von einer Organisation, die Flüchtlinge im offenen Meer rettet. Die Menge johlt „Absaufen! Absaufen! Absaufen!", woraufhin der Sprecher angesichts der Medienpräsenz antwortete: „Nein, wir brauchen noch das Boot, um sie alle zurückzuschicken!"[21]

Am Samstag, dem 25. August 2018, dem 200. Geburtstag von Karl Marx, feierte die Stadt (in der DDR „Karl-Marx-Stadt" genannt) ihren 875. Geburtstag. Spät in der Nacht zum Sonntag, gegen 3 Uhr morgens, kam es zu einem Streit zwischen zwei

18. Vgl. „Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten", Deutscher Bundestag, Drucksache 19/2315, 24.05.2018 (1. Quartal); Drucksache 19/3917, 22.08.2018 (2. Quartal); Drucksache 19/6333, 07.12.2018 (3. Quartal); Drucksache 19/8854, 29.03.2019 (4. Quartal). Die überwiegende Mehrheit (rund 95 Prozent) der Vorfälle waren auf rechtsextreme Gewaltbereitschaft zurückzuführen, in einer vernachlässigbar geringen Anzahl von Fällen wurden die Täter gefasst/gefunden.

19. „Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte", Deutscher Bundestag, Drucksache 19/5516, 06.11.2018.

20. Vgl. "Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten", Deutscher Bundestag, Drucksache 19/2315, 24.05.2018 (1. Quartal); Drucksache 19/3917, 22.08.2018 (2. Quartal); Drucksache 19/6333, 07.12.2018 (3. Quartal); Drucksache 19/8854, 29.03.2019 (4. Quartal).

21. ARD Panorama, „Absaufen? - Zu Besuch bei Pegida", 30 August 2018, www.ardmediathek.de/ard/player/Y3JpZDovL25kci5kZS8xNTMyMDE4NS0xODRiLTQ1N2UtYWZiOC04YTBkOTUwM2Q2OWY/ (Zugriffsdatum: 2. September 2019).

Gruppen. Drei Männer werden dabei (schwer) verwundet, ein dunkelhäutiger Deutscher, Daniel H., stirbt schließlich. Innerhalb eines Tages verbreitete sich im Internet die Nachricht, dass Daniel versucht habe, deutsche Frauen vor Übergriffen „ausländischer Eindringlinge" zu retten und wurde so zum Helden stilisiert, der für seine Verteidigung der deutschen Sicherheit getötet wurde. Noch am Sonntagnachmittag um 16.30 Uhr fand eine nicht angemeldete Demonstration mit mehr als 800 Teilnehmern statt – darunter auch Kindern. Als sogenannter Trauermarsch für das Opfer bezeichnet, brachten Gesänge Gegenteiliges zum Ausdruck. Dort hieß es: „Ausländer raus", „Wir sind das Volk" und „Ein toter Ausländer für jeden toten Deutschen". Diese Parolen waren auch noch in den darauffolgenden Tagen auf den Straßen von Chemnitz zu hören. Noch am Sonntag mobilisierten mehrere rechte Neonazi-Gruppen, aber auch die AfD über das Internet zu einer Demonstration für den Montag, 27. August 2018. Mehreren Medien zufolge informierte der Verfassungsschutz die Polizei über eine mögliche rechte Mobilisierung, die sich leicht auf 10.000 Personen belaufen könnte. Trotz der Warnung waren es am Montag nur 591 Polizisten, die sich rund 6.000 Rechten und deren Anhängern gegenübersahen, und rund 1.500 Gegendemonstranten auf der anderen Seite. Farbige Menschen sollen gejagt oder verprügelt worden sein, Parolen wie „Heil Hitler" und entsprechende Gesänge waren zu hören, betrunkene Männer zeigten ihre entblößten Hinterteile, während die Polizei sich nicht in der Lage sah, die nichtweißen Passanten oder Gegendemonstranten zu schützen. In weiterer Folge empfahlen sie farbigen Menschen, nach Hause zu gehen. An jenem Abend wurden 20 Menschen verletzt. Am Mittwoch darauf wird der Haftbefehl der Polizei gegen die beiden Angeklagten, die Daniel H. getötet haben sollen, vom Justizbeamten Daniel Zabel durchgestochen (siehe mehr im Kapitel *Internet).*[22]

Ereignisse wie jene in Chemnitz oder Dresden, ebenfalls im August, wo ein Demonstrant (wie sich später herausstellte, ein Mitarbeiter des sächsischen Landeskriminalamtes)[23], Journalisten gewaltsam am Zutritt zu einer Pegida-Demonstration hinderte, befeuerten eine Debatte über Sympathisanten innerhalb der Polizei. Das Wort von der „Pegizei" – ein Portmanteau aus „Pegida" und „Polizei" – machte

22. Einen Überblick zu den Ereignissen von Chemnitz bietet: Samuel Misteli & André Müller, „Ein Toter, Hetze gegen Ausländer und dann ein Leck – eine Chronologie zu Chemnitz", NZZ, 8 September 2018, www.nzz.ch/international/chemnitz-ein-ueberblick-ueber-die-ereignisse-ld.1415760 (Zugriffsdatum: 3. September 2019); Ebenso: Patrick Gensing, „Chronologie zu Chemnitz: Ein Tötungsdelikt und die politischen Folgen", Tagesschau, 24 September 2018, https://www.tagesschau.de/faktenfinder/inland/chronologie-chemnitz-103.html (Zugriffsdatum: 2. September 2019).

23. „Pegida-Demonstrant arbeitet für sächsisches Landeskriminalamt", Zeit Online, 22. August 2018, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-08/dresden-pegida-demonstrant-zdf-angriff-polizei-angestellter (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

die Runde. Am 5. September machte Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer (CDU) auf sich aufmerksam und erklärte: „Es gab keinen Mob, es gab keine Verfolgungsjagd, es gab kein Pogrom" in Chemnitz. Kurz darauf trat Has-Georg Maaßen, der Chef des Verfassungsschutzes, eines der prominentesten Nachrichtendienste Deutschlands und des einzigen „öffentlichen", mit ähnlichen Aussagen ins Rampenlicht, die noch weiter gingen. Maaßen stellte sogar die Echtheit von Aufnahmen einer Verfolgungsjagd in Frage, die im Internet viral gingen. Zudem wurde Maaßen beschuldigt, sensible Geheimdienstinformationen über Neonazi-Bewegungen mit AfD-Politikern geteilt zu haben. Der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer (CSU/CDU) äußerte sich nicht nur solidarisch mit den Demonstranten in Chemnitz und behauptete, Migration sei „die Mutter aller Probleme"[24], er unterstützte auch Maaßen und schützte ihn schließlich sogar vor der Entlassung aus dem Staatsapparat. Sein Bemühen, Maaßen einen Job in seinem Heimatministerium zu geben, statt seine politische Karriere ganz zu beenden, sorgte für zusätzliche Spannungen innerhalb der CDU/CSU und bei der SPD.

Chemnitz markierte aber nicht nur einen Versuch bekannter rechter Politiker zur Profilierung, es war auch ein Drehkreuz für bekannte Neonazis: Maik Arnold (Nationalsozialisten Chemnitz), der Verbindungen zum NSU hat, war bei den Demonstrationen in Chemnitz anwesend; ebenso Yves Rahmel, der rechtsextremistische Musikproduzent von PC Records, der den Song „Döner Killer", eine Verherrlichung der NSU-Morde, veröffentlicht hatte; und auch Christian Fischer, ehemaliger Leiter einer inzwischen verbotenen paramilitärischen Jugendorganisation, die junge Anhänger militärisch ausbildete, mit der Hitlerjugend als Vorbild. Die verschiedenen Demonstrationen schlossen sich schließlich mit der AfD-Demonstration zu einem letzten Marsch[25] mit Björn Höcke zusammen, der erklärte[26], seine Partei wolle die „rohe" Art des Bürgerprotestes „intellektuell verfeinern".[27]

24. „Horst Seehofer äußert Verständnis für Demonstranten", Zeit Online, 6. September 2018, www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/bundesinnenminister-horst-seehofer (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

25. Gerade aus Höckes letzter Aussage geht hervor, dass Straßengewalt immer auch Klassengewalt ist. Wie im Bericht von 2017 erwähnt, sind das AfD-Wählerpublikum und dessen politische Elite in erster Linie Mittel- bis Oberschicht und diese zeigen nun ihre Präsenz in Chemnitz als Weg, um mehr Legitimität zu erlangen und ihr „Outreach"-Programm zu unterstützen. Die vielen Feuerwerkskörper, die auf Polizisten, Journalisten und Zivilisten geworfen werden, sowie die vielen nackten Hinterteile, die Polizei- und Fernsehkameras gezeigt werden, erinnern auch an Kämpfe um Männlichkeit und Macht.

26. Von den 250.000 Einwohnern in Chemnitz waren 10.000 Demonstranten, die auch massiv aus anderen Teilen Deutschlands kamen. Chemnitz wurde so zum Schauplatz sozialer Unruhen, Übergriffe auf Journalisten und rassistischer Gewalt. So wurde ab Oktober 2018 die gesamte innerstädtische Strecke von Demonstranten in Chemnitz (vorsorglich?) mit neu installierten Videokameras beobachtet.

27. Andreas Maus, Andrea Röpke, Lisa Seemann, „AfD-Schulterschluss mit Rechtsextremen", Tagesschau, 6. September 2018, www.tagesschau.de/ausland/monitor-afd-rechte-gruppen-101.html (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

In einem umfassend recherchierten Dokument des „Antifa-Komitees Leipzig“ (AK) über die Ursprünge und Entwicklungen von Massenbewegungen wie Pegida und HoGeSa (*Hooligans gegen Salafismus*) will die Gruppe einen Wechsel der Taktik bezüglich der Mobilisierungsstrategien von eher altmodischen Neonazi-Bewegungen bis hin zu populistischeren Bewegungen wie Pegida und HoGeSa beobachtet haben: „[...] Die Ablehnung einer ‚Israel Connection‘ scheint eine verlässliche und flexible Trennlinie zwischen Neonazis und dem ganzen Spektrum des sogenannten Rechtspopulismus *[Pegida, HoGeSa, aber auch der AfD*] zu schaffen.“[28] Die pro-israelische bzw. pro-zionistische Trennlinie in der Politik markiert auch den Moment, durch den die AfD ihre Position als Volkspartei in einem vom[29] Holocaust geprägten demokratischen System behaupten konnte. Es ist jedoch nicht nur der Appell an Mainstream-mäßige Positionen wie hegemonialer und/oder ethnonationalistischer Politik, es ist auch ein Appell an patriarchalische Vorstellungen von nationalen und militärischen Fähigkeiten und Heteronormativität (insbesondere in Bezug auf Ehe- und Geschlechterfragen), der von einem gut vernetzten, transnationalen und professionalisierten Netzwerk so genannter konservativer Revolutionäre in hohen Positionen vorangetrieben wird. Solche sind unter anderem auch geeignet, jene Ein-Themen-Wähler zu umwerben, die durch zu hohe Pflichtbeiträge zum öffentlich-rechtlichen Fernsehen verärgert sind, sich gegen Abtreibung wenden oder wegen anderer Themen verärgert sind. Die Frage für die politischen Entscheidungsträger lautet also: Wie können wir ein Narrativ entwickeln, das die kapitalistisch induzierte Armut weißer Menschen in einem der reichsten Länder der Welt ernst nimmt, ohne dabei den tief verwurzelten Rassismus zu vernachlässigen, der in *ganz* Deutschland so weit verbreitet ist?

ARBEITSMARKT

Eines der interessanten Ereignisse rund um Herrschaft und Klasse ist die Debatte um das deutsche Militär im Jahr 2018. Wegen des gravierenden Personalmangels debattiert die Bundeswehr darüber, inwieweit Nichtdeutsche beschäftigt werden können.[30] In diesem Szenario gilt die Berechtigung jedoch nur für EU-Bürger,

28. „HoGeSa, Pegida, Legida: Rassistische Mobilisierungen neuen Typs“, Antifa Leipzig, 4. Dezember 2014, https://www.inventati.org/leipzig/?page_id=2663 (Zugangsdatum: 3. September 2019).

29. In den letzten zehn Jahren haben Mainstream-Politiker Muslime immer wieder für dumm (Sarrazin), Multikulturalismus für gescheitert (Merkel) oder Migration zur Mutter aller Probleme (Seehofer) erklärt, um nur einige Beispiele des letzten Jahrzehnts zu nennen.

30. „Bundeswehr prüft Aufnahme von Ausländer“”, Frankfurter Allgemeine, 21. Juli 2018, https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehr-prueft-aufnahme-von-auslaendern-15701627.html (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

die bereits in Deutschland gelebt haben und über fließende Deutschkenntnisse verfügen. Zielländer sind anscheinend Rumänien, Italien und Polen, während die in den Medien genannten Zielberufe Ärzte und IT-Spezialisten seien.[31] Über den Ambitionen eines militärischen Wiederaufbaus schwebt der mehr als ein Jahrzehnt alte Vorschlag von SPD und CDU, in eine einheitliche EU-geführte Armee zu investieren, der in diesem Jahr wieder aufgetaucht ist. Es ist davon auszugehen, dass es trotz eines allgemeinen Unbehagens und der Unsicherheit, welche Rolle und welchen Weg die deutschen oder europäischen Streitkräfte in Zukunft einschlagen werden, dennoch stetige und anspruchsvolle Debatten über neue Formen trans-/nationaler europäischer Verteidigungsstrategien geben wird.[32] In einem Europa in der Krise erleben wir also zwei unterschiedliche, aber miteinander verbundene Debatten und Politikansätze: Die neuen rechten Bewegungen sind eher an internationalen weißen Solidaritätsnetzwerken und -politiken interessiert (die von lokalen Wahlkreisen und aufgrund von Direktmandaten regiert werden können), während die liberale europäische Elite eher geostrategisch ausgerichtet ist, um ein „starkes Europa" zu erhalten und zu verteidigen. Gleichzeitig will der protestantische Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Felix Klein, Gebetsräume und Religionsberatung für Muslime (rund 4.000) und Juden, die beim deutschen Militär beschäftigt sind, institutionalisieren.[33]

Bemerkenswert ist auch, dass ein Untersuchungsbericht der linken *taz* veröffentlicht wurde, der ein ganzes Netzwerk rechtsmotivierter Personen und geplante Aktionen innerhalb der Bundeswehr aufgedeckt haben will.[34] Dies gilt als eine weitere Enthüllung rechter Aktivitäten innerhalb der Streitkräfte, wie sie immer wieder durch den öffentlichen Diskurs in Deutschland geistern – fast jedes Mal mit viel Spektakel, aber wenig Konsequenzen, wenn es um Struktur- oder Beschäftigungsreformen geht. Im Fall des durch die beiden taz-Journalisten aufgedeckten Bundeswehr-Netzwerks haben Medien und politische Netzwerke die Erkenntnisse bisher auch kaum aufgegriffen, um eine strukturellere Debatte über

31. „Bundeswehr will EU-Ausländer anwerben", Süddeutsche Zeitung Online, 27. Dezember 2018, https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-auslaender-eu-1.4267414 (Zugangsdatum: 3. September 2019).

32. Daniel Brössler, „Das Phantom der europäischen Armee", Süddeutsche Zeitung Online, 26. November 2018, www.sueddeutsche.de/politik/verteidigung-das-phantom-der-europaeischen-armee-1.4225843 (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

33. Interview mit Dr. Felix Klein, *Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland*/ ernannter Delegierter der Regierung für jüdisches Leben in Deutschland, im Heimatministerium Berlin, 7. Dezember 2018.

34. Martin Knaul, Christina Schmidt, and Daniel Schulz: „Rechtes Netzwerk in der Bundeswehr: Hannibals Schattenarmee", taz, 16. November 2018, www.taz.de/Rechtes-Netzwerk-in-der-Bundeswehr/!5548926/ (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

vermeintliche oder tatsächliche rechtsradikale Aktivitäten zu führen, die von hochrangigen Militärangehörigen bis hin zu Geheimdiensten und anderen reichten.[35] Nach Informationen der taz wurde der unter dem Pseudonym „Hannibal" agierende Angeklagte Herr S. 1985 in Halle an der Saale, damalige DDR, geboren und ist Mitglied der Spezialkräfte der Bundeswehr in Calw. Angeblich war Herr S. für die Organisation und Verwaltung eines Netzwerks in Deutschland, der Schweiz und Österreich verantwortlich: „Mitglieder in diesen Gruppen sind Polizisten und Soldaten, Reservisten, Beamte und Geheimdienstoffiziere, die unter konspirativen Bedingungen einen Plan haben: Wenn sie die Zeichen sehen, dass Tag X' kommt, wollen sie zu den Waffen greifen."[36]

Vorwürfe wie diese belasten einen deutschen Staatsapparat, der sich in einer liberalen Weise präsentieren will. Im November 2018 schaffte es in Deutschland die Nachricht in die Schlagzeilen, wonach Sinan Selen, ehemals Anti-Terror-Agent des *Bundeskriminalamts,* neuer Vizepräsident des Bundeskriminalamts wurde und damit der erste hochrangige Geheimdienstoffizier mit sogenanntem Migrationshintergrund – konkret einem türkisch-kurdischen. Die Ernennung stieß in den sozialen Medien teilweise auf erhebliche Hassattacken, Kritik gab es sogar von AfD-Politiker Johannes Huber.[37]

Dass Neonazis Vorbereitungen für einen „Tag X" treffen, an dem die organisierte Gesellschaft, wie wir sie kennen, angeblich zusammenbricht, und der auch den Tag des „revolutionären und systemischen Wandels" darstellen soll, hat im Laufe der letzten 30 Jahre durch das gesamte vereinte Deutschland (und Europa) Resonanz gefunden. Die tatsächliche Bedeutung dieser Gefahr wurde auch während des NSU-Prozesses, der im Juli 2018 endete, wieder deutlich vor Augen geführt. In diesem Zusammenhang spielten auch „Prepper", die sich auf den „Tag X" vorbereiten, eine zentrale Rolle bei der Arbeit und Vernetzung der Neonazis, die vor Gericht standen. Obwohl einer der größten politischen Prozesse und Skandale Nachkriegsdeutschlands, sind detaillierte Analysen zum NSU-Komplex nur auf der Seite der privaten „NSU-Watch" zu lesen, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, zu dokumentieren, was sonst nicht für die Öffentlichkeit während des Pro-

35. Tim Wiese, „Wo bleibt die Resonanz auf die ‚Hannibal'-Recherche?"; Deutschlandfunk Kultur, 24. November 2018, https://www.deutschlandfunkkultur.de/medienkritik-wo-bleibt-die-resonanz-auf-die-hannibal.1264.de.html?dram:article_id=434071 (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

36. Knaul, Schmidt und Schulz: „Rechtes Netzwerk in der Bundeswehr: Hannibals Schattenarmee "

37. Georg Mascolo, „Designierter Verfassungsschutz-Vize: Das Prinzip Verleumdung", Tagesschau, 5. Dezember 2018, www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-vize-101.html (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

zesses aufbereitet wurde. Zu den besonders ernüchternden Fakten des Prozesses gehörte es, dass das eigentliche, erweiterte Netzwerk von Helfern, Neonazis und Geheimdienstmitgliedern in unzureichender Weise berührt und vor allem als vernachlässigbar behandelt wurde (mehr dazu in: Islamophobie in Deutschland: Nationaler Bericht 2017).[38] Der Zentralrat der Muslime und der Zentralrat der Juden haben sich kritisch zu dem ergangenen Urteil geäußert. Die Angehörigen der Ermordeten haben Klagen gegen die Regierung und die Länder Bayern und Thüringen eingereicht und erklären sich entschlossen, den Fall notfalls vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen.[39]

Der europäische Bericht über antimuslimischen Rassismus, der 2018 von der FRA veröffentlicht wurde und der nur auf einer sehr eingeschränkten Auswahl auf Muslime bezogener Themen in der EU basiert, hat ergeben, dass der Arbeitsmarkt nach wie vor einer der wichtigsten Schauplätze von Diskriminierung ist, wobei Frauen aufgrund ihrer Kleidung die Hauptopfer sind.[40] Daher ist, wie auch in früheren Berichten erwähnt, die Frage bedeckter Köpfe muslimischer Frauen nach wie vor ein rechtliches, politisches und persönliches Spektakel und ein Problem für viele. 2018 wurde ein ausführlicher Bericht veröffentlicht, der sich speziell mit der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland gegenüber Frauen befasst, die einen Hidschab tragen. Zitiert wird in diesem Bericht eine Studie aus dem Jahr 2017, in der behauptet wird, dass 71,3 Prozent der Hidschab tragenden Frauen glaubten, aufgrund ihres Kopftuchs nicht eingestellt zu werden. Nur 23 Prozent aller muslimischen Frauen in Deutschland tragen den Hidschab regelmäßig.[41] Die Ergebnisse mehrerer Berichte machen demnach deutlich, dass einfache Abgrenzungen zwischen Rassismus im Allgemeinen und antimuslimischem Rassismus im Besonderen schwer zu ziehen sind – schließlich kann unter Umständen auch schon ein türkisch oder arabisch klingender Vorname oder Nachname zu

38. Weitere Informationen und rechtliche Zusammenfassungen, auch für eine englischsprachige Leserschaft, finden Sie unter: Antonia von der Behrens, „Der NSU-Fall in Deutschland"', NSU Watch, 3. Juli 2018, https://www.nsu-watch.info/2018/07/the-nsu-case-in-germany-as-at-july-3rd-2018/ (Zugriffsdatum: 3. September 2019)

39. „Urteil des Neonazi-NSU-Prozesses löst Proteste aus, fordert Ermittlungen", Deutsche Welle, 11. Juli 2018, https://www.dw.com/en/germanys-neo-nazi-nsu-trial-verdict-sparks-protests-calls-for-investigation/a-44641189 (Zugangsdatum: 3. September 2019).

40. „Zweite Umfrage der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung – Ausgewählte Ergebnisse", Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2017), https://fra.europa.eu/en/databases/anti-muslim-hatred/node/1782 (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

41. Gökçe Yurdakul, Soraya Hassoun and Maziar Taymoorzadeh, „Religion und Arbeitsmarkt. Verhindern ‚Kopftuch-Verbote' die Integration? Eine Expertise für den Mediendienst Integration" (Mediendienst Integration, Berlin: July 2018), S. 2, https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Kopftuch_Juli_2018.pdf (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

Diskriminierung führen.[42] Die Schnittmengen von Geschlecht und Rasse bringen jedoch religiös gläubige muslimische Frauen mit Kopftuch in deutlicher Weise an das untere Ende der Hackordnung, wenn es um Beschäftigungsaussichten geht. Das Jahr 2019 könnte jedoch eine neue juristische Debatte und Konsequenzen signalisieren: Während das Kopftuchverbot in Deutschland bei Beamtenberufen (Lehrer, Polizei, Gericht) juristisch als ausgehandelt gilt, verklagte eine junge Frau nun ihren Arbeitgeber Müller, eine bekannte deutsche Drogeriekette, in Ulm (Bayern), weil diese sie gefeuert hatte, nachdem sie sich entschieden hatte, den Hidschab zu tragen. Die Drogeriekette argumentierte, sie wolle als Kette und Unternehmen „politisch und religiös neutral" bleiben. Die Richter beschlossen, den Fall an den Europäischen Arbeitsgerichtshof in Luxemburg weiterzuleiten. Dabei wird es nicht nur darum gehen, ob muslimische Frauen mit einem Hidschab in Zukunft im privaten Unternehmenssektor diskriminiert werden dürfen, sondern die Folgen des Urteils könnten Auswirkungen auf ganz Europa haben.[43]

BILDUNG

Eine im November 2018 veröffentlichte Studie zitiert eine Lehrerin, die im Berliner Migrantenviertel Neukölln arbeitet und behauptete: „Nur eines von 103 Kindern spricht zu Hause Deutsch."[44] Diese Äußerung wurde instrumentalisiert, um die Grenzen des Respektabilität und Akzeptanz in Deutschland abzustecken, und zwar dahingehend, dass farbige, mehrsprachige Arbeiterfamilien zu einem Zeichen von Abweichung und Mangel erklärt wurden. Der dazugehörige Schulleiter wird auch in der Überschrift mit dem Ausspruch „Wir sind arabisiert" zitiert, während er ein Foto zeigt, auf dem eine blonde Lehrerin mit einer Klasse „schwarzhaariger" Erstklässler spricht.[45]

Neukölln und Wedding sind die beiden ärmsten Viertel mit hohem Einwandereranteil, die auch strukturell zu den am stärksten benachteiligten Stadtteilen

42. Ibid.

43. „EuGH soll über Kopftuchverbot bei Ulmer Drogeriekette Müller entscheiden", Bundesarbeitsgericht verweist Klage nach Luxemburg; 30. Januar 2019, https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/Bundesarbeitsgericht-verhandelt-Mitarbeiterklage-Ulmer-Drogeriemarktkette-Mueller-wegen-Kopftuchverbot,arbeitsgericht-verhandelt-kopftuchverbot-100.html (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

44. Fatma Azdemir, „Kolumne Minority Report: Wer was sprechen darf", taz, 26. November 2018, www.taz.de/Kolumne-Minority-Report/!5550159/(Zugriffsdatum: 3. September 2019).

45. Hildburg Bruns, „Berliner Schulleiterin über ihre ersten Klassen: Nur eins von 103 Kindern spricht zu Hause deutsch. Rektorin aus Neukölln: ‚Wir sind arabisiert'", Bild, 20. November 2018, www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/berliner-rektorin-klagt-nur-1-von-103-kindern-spricht-zu-hause-deutsch-58543002.bild.html (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

Berlins gehören. Sie werden insbesondere durch die sozialen Ungleichheiten definiert, die infolge von ethnischer Herkunft und Klasse entstehen: 45 Prozent der Kinder[46], die in Neukölln aufwachsen, haben Eltern, die Sozialhilfe beziehen, und das Durchschnittseinkommen pro (erwachsener) Person beträgt 1.025 Euro. Mit rund 920 Euro/Monat war 2017 die offizielle Schwelle für Armutsgefährdung in Berlin definiert.[47] Mit weniger als 769 Euro/Monat wird als arm [48] eingestuft. In Berlin wurden im Schnitt für einen erwachsenen EU-Bürger rund 420 Euro an Sozialhilfe[49] ohne Miete gewährt.

Auch der designierte Delegierte der Stadt Berlin gegen Diskriminierung an Schulen hat 2018 einen Bericht veröffentlicht. Er hob hervor, dass über einen Zeitraum von einem Jahr 183 Fälle von Diskriminierung gemeldet wurden: 106 davon wurden als „Rassismus" mit Muslimen und schwarzen Schülern als Hauptzielen eingestuft[50]; zehn Fälle beruhten auf Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und/oder der sexuellen Orientierung, vier Fälle erfolgten auf der Grundlage von Klassenzugehörigkeit und die große Zahl von 20 Fällen auf der Grundlage von körperlichen Einschränkungen – 36 Fälle konnten nicht eingeordnet werden.[51] Insgesamt scheinen diese Statistiken mit sehr niedrigen Zahlen zu operieren, da es in Berlin rund 350.000 Schüler gibt. Die neue Studie für 2018 steht noch aus. Es gibt jedoch Gründe, davon auszugehen, dass mit der neu geschaffenen Möglichkeit, Diskriminierungsfälle an Schulen in Berlin zu melden, die Zahl der gemeldeten Fälle zunehmen wird. Wichtig ist, mit Blick auf eine so kleine Stichprobe zu erwähnen, dass die meisten Fälle von Diskriminierung (108 von 170) von den anwesenden Erwachsenen (Lehrer, Schulleiter, Erzieher, Polizei, Jugendhilfepersonal, pädagogisches Personal) begangen wurden und nur 20 in einer Peer-on-Peer-Situation.[52]

46. Berliner Morgenpost, „Bezirk Mitte ist sozial tief gespalten", 12. Januar 2019, S. 12.

47. „Jugendliche haben ein besonders hohes Armutsrisiko - Zahlen für Berlin und Brandenburg", rbb24, 23. August 2018, www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/08/berlin-fast-ein-fuenftel-von-armut-bedroht-mehr-als-in-brandenburg.html (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

48. „Jeder sechste Berliner ist von Armut bedroht", Berliner Morgenpost, YouTube, 12. März 2018, www.youtube.com/watch?v=FVJQ4JlSZak (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

49. Hier: Arbeitslosengeld II, auch Hartz IV genannt.

50. Die Studie fand zwischen 09/2016 und 07/2017 statt. Sie berichtete von 36 Fällen als solchen von antimuslimischem Rassismus, 24 als anti-schwarzem Rassismus, 12 als antiziganistischem Rassismus und 9 als antisemitisch.

51. Susanne Leinemann, „Die meisten Diskriminierungen in Schulen sind rassistisch", Berliner Morgenpost, 16. November 2018, www.morgenpost.de/berlin/article215806201/Die-meisten-Diskriminierungen-in-Schulen-sind rassistisch.html (Zugriffsdatum: 3. September 2019).

52. Susanne Memarnia, „Diskriminierung an Berliner Schulen: Wenn LehrerInnen rassistisch sind", taz, 16. November 2018, https://taz.de/Diskriminierung-an-Berliner-Schulen/!5548895/ (Zugriffsdatum: 4. September 2019)

Für Debatten sorgten 2018 auch verschiedene AfD-Politiker, die ein Portal geschaffen hatten, das Schüler und Studenten dazu anhält, Lehrkräfte an Schulen oder Universitäten[53] per Post oder online zu melden, falls „nicht objektive Kommentare" von Lehrern gemacht werden oder auch negative Kommentare über die AfD geäußert werden. In diesem Zusammenhang verweist die Partei auf das „Neutralitätsgebot" (siehe *Islamophobie in Deutschland: Nationaler Bericht 2017*), das besagt, dass an Bildungseinrichtungen keine „ideologischen" Aussagen gemacht werden dürfen. Die AfD argumentierte, dass eine „linksradikale Ideologie" verbreitet werde und junge Schüler sich nicht wehren könnten – ihre Online-Meldeplattform für radikale Aussagen von Lehrern sollte als neue „Strategie der Selbstverteidigung"[54] betrachtet und die Ergebnisse an die jeweiligen Landesschulbehörden geschickt werden.[55]

POLITIK

Eine der meistbeachteten Debatten rund um Rasse und Islamophobie im Jahr 2018 ging von Nationalspieler Mesut Özil aus. Es löste eine überzogen geführte Debatte aus, als er im Juli seinen Rückzug aus der deutschen Fußball-Nationalmannschaft ankündigte und Rassismus auf Twitter als einen der Gründe nannte. Letzterer habe sich zum einen nach der Veröffentlichung eines Bildes auf Twitter gezeigt, das Mesut Özil, Ilkay Gündoğan (einen weiteren deutschen Fußballspieler) und Recep Tayyip Erdoğan im Mai 2018 gemeinsam zeigt. Wichtiger ist aber noch, was sich nach dem Vorrunden-

53. Karim Fereidooni und Jan Schedler „Pressemitteilung von RfM-Mitglied: AfD und Rassismuskritik an Schulen", Rat für Migration, 6. Dezember 2018, https://rat-fuer-migration.de/2018/12/06/pressemitteilung-afd-mitarbeiter-moechte-dass-schule-teilnahme-an-rassismuskritischem-uni-projekt-absagt/ (Zugangsdatum: 4. September 2019)

54. Silke Fokken, „AfD-Appell an Schüler: Überflüssige Provokation", Spiegel Online, 21. September 2018, www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/afd-aufruf-fuer-schueler-in-hamburg-ueberfluessige-provokation-a-1229435.html (Zugriffsdatum: 4. September 2019).

55. Heike Klovert, „Aufsichtsbeschwerde und Onlineplattform: Müssen Lehrer die AfD fürchten?", Spiegel Online, 9. Oktober 2018, www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/afd-plant-meldeportale-gegen-lehrer-und-schulen-die-wichtigsten-antworten-a-1232276.html (Zugriffsdatum: 4. September 2019). Ironie oder vielleicht symptomatisch für die gegebene Debatte ist, dass eine pensionierte Gymnasiallehrerin (und Kind eines ehemaligen jüdischen Emigranten-Widerstandskämpfers) bereits den deutschen Bundesverfassungsschutz im Jahr 2017 verklagt hat, weil dieser ihre angebliche Nähe zu linksextremistischen Gruppen erwähnt hat. Ihr wurde die Verlängerung der Amtszeit verweigert, sie wurde für ein Jahr aus ihrem Job geworfen und später wieder vom Geheimdienst überwacht infolge einer Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei anhaltendem „Kontakt mit Radikalen", vor allem „antifaschistischen" Organisationen. Ob der Staat gegenüber linksradikalem Denken wirklich hilflos ist, ist daher fraglich. Mehr dazu lesen Sie unter: „Verfassungsschutz Ex-Lehrerin wehrt sich gegen Beobachtung", Spiegel Online, 17. Januar 2017, http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/silvia-gingold-lehrerin-wehrt-sich-gegen-verfassungsschutz-a-1129722.html (Zugriffsdatum: 4. September 2019). Weitere Informationen zum Dekret gegen Radikale finden Sie unter: Gerard Braunthal, „Political Loyalty and Public Service in West Germany - Das Dekret von 1972 gegen Radikale und seine Folgen", 1990, Amherst: UMass Press.

aus der deutschen Nationalmannschaft bei der WM 2018 zugetragen hatte. Bereits gegen Ende der Teilnahme der deutschen Mannschaft machten sich mehrere Sportkommentatoren wie Mario Basler über Özils Körpersprache lustig. Der ehemalige deutsche Nationalspieler Lothar Matthäus behauptete sogar, dass es Özil nicht angenehm sei, das deutsche Trikot zu tragen. Dazu kamen rassistische Hasstiraden während der Spiele von Fans im Stadion – dabei hatten Matthäus' Bilder mit Wladimir Putin während der WM nicht einmal annähernd so viel an politischer Kritik hervorrufen wie die von Özil und Gündoğan. Nach dem Aus der deutschen Mannschaft setzten sich die Pöbeleien fort, bis Özil schließlich seine verspätete, aber berühmte Antwort auf die nationale Debatte aus England und auf Englisch twitterte: „Leute mit rassistisch diskriminierendem Hintergrund sollten nicht länger im größten Fußballverband der Welt arbeiten dürfen, der viele Spieler aus Familien verschiedener Herkunft hat. Einstellungen wie ihre stehen nicht für die Spieler, die sie repräsentieren sollen." Er fuhr fort: „Mit schwerem Herzen und nach langer Überlegung werde ich wegen der jüngsten Ereignisse nicht mehr für Deutschland auf internationaler Ebene spielen, so lange ich dieses Gefühl von Rassismus und Respektlosigkeit verspüre. Ich habe das deutsche Trikot mit solchem Stolz und solcher Begeisterung getragen, aber jetzt nicht mehr. Ich fühle mich unerwünscht und denke, dass das, was ich seit meinem internationalen Debüt 2009 erreicht habe, vergessen wurde."[56]

Özil wurde in Deutschland geboren, wuchs dort auf und erhielt 2007 im Alter von 18 Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen. Nach einem gesonderten Treffen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit Özil und Gündoğan postete dieser auf Facebook: „Ich bin hier aufgewachsen und stehe zu meinem Land." Zwei Monate lang hatte Özil zu dem auf Twitter geposteten Foto mit Erdoğan geschwiegen. Der Wut über dieses Schweigen folgten extreme verbale Attacken, die scheinbar ein „erzwungenes" Geständnis vonseiten Özils forderten, als ob er der deutschen Öffentlichkeit etwas schulde. Der Vergleich von Lothar Matthäus' Fall mit jenem von Özil zeigt deutlich, dass nicht nur die Klasse Zugehörigkeit definiert, sondern auch die zur weißen Rasse. Daher könnte der Verdacht der Doppelzüngigkeit aufkom-

56. Tom Bryant, „Mesut Özil walks away from Germany team citing 'racism and disrespect'", The Guardian, 23. Juli 2018, www.theguardian.com/football/2018/jul/22/mesut-ozil-retires-german-national-team-discrimination (Zugriffsdatum: 4. September 2019).

men, wenn es um Özil geht, zusammen mit reichlich bösem Willen, der gegen ihn gerichtet ist und der durch eine starke Mischung aus Klassenneid und Rassismus geschürt wird.

2010 wurde Mesut Özil mit einem Integrations-Bambi ausgezeichnet[57], einem Preis, der in der Regel für besondere Verdienste in der Medienbranche verliehen wird, der aber nach den spektakulären Toren Özils als erster deutsch-türkischer Spieler in der Fußballnationalmannschaft auch als „Integrationsauszeichnung" ausgestaltet wurde. Özil hat sich jedoch innerhalb von acht Jahren von einem „Integrations-Vorbild" zum „Fußballsündenbock" entwickelt, an den die allgemein verdächtige Frage gerichtet wird, ob er Türke oder Deutscher sei. Außenminister Heiko Maas stellte sogar in Frage, ob ein im Ausland lebender Multimillionär überhaupt etwas zur „Integration" sagen könne, und der ARD-Chefredakteur Rainald Becker forderte Özil sogar auf, seinen Integrations-Bambi zurückzugeben. Das deutschlandweit verbreitete Magazin „Der Spiegel" gab für den 24. und 25. Juli eine Umfrage in Auftrag, deren Ergebnis zufolge nur 27 Prozent der Befragten Özils Ausstieg bedauerten, während 58 Prozent den Umgang mit ihm nicht für rassistisch hielten – es war dieselbe Spiegel-Ausgabe, die ihn und sein Gesicht auf dem Cover mit der Überschrift „Alienation – Die Özil-Affäre und das Problem mit der Integration" abgebildet hatte. [58] [59]

Das tiefe Gefühl der Verwerfung, das Rassismus anrichten kann, wurde durch Mesut Özils öffentliche Reaktion in den Vordergrund gerückt. Die Debatte um ihn löste aber auch einen weiteren bundesweit beachteten Moment aus, der auf Twitter stattfand. Dort entstand ein neuer Hashtag von Ali Can mit dem Namen *#MeTwo*.[60] Der Hashtag rief die Menschen dazu auf, ihre Erfahrungen mit Rassismus zu teilen, und es wurde zu einem nationalen Online-Spektakel und zur Grundlage einer öffentlichen Debatte. Tausende Menschen nutzten Twitter, um ihre früheren oder gegenwärtigen Eindrücke zu schildern – vom

57. RobertEnke32 „Mesut Özil & Nazan Eckes @ Bambi Integration 2010", YouTube, 12. November 2010, www.youtube.com/watch?v=zgoH-WH7DBQ (Zugangsdatum: 4. September 2019).

58.Tagesschau, „Tagesthemen, 22:15 Uhr 23.07.2018"', YouTube, 23. Juli 2018, www.youtube.com/watch?v=dwo-13HB1LpE (Zugriffsdatum: 4. September 2019).

59. „Zwei Drittel der Deutschen beklagen Rechtsruck und Verrohung", Spiegel Online, 28. Juli 2018, www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-zwei-drittel-beklagen-rechtsruck-und-verrohung-a-1220477.html (Zugriffsdatum: 4. September 2019).

60.„Rassismus im Alltag: #MeTwo", Spiegel Online, 26. Juli 2018, www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/metwo-menschen-mit-migrationshintergrund-berichten-ueber-rassismus-im-alltag-a-1220384.html (Zugriffsdatum: 4. September 2019).

alltäglichen Rassismus bis zur Gewalt. [61] Auch hier kam es zu einer Debatte darüber, ob ein Diskurs über Integration und Rassismus hilfreich sei, wenn Farbige in Deutschland nur die „negativen" Erfahrungen des Lebens in Deutschland hervorhöben - ein Argument, das aus der *#MeToo*-Debatte bekannt ist und nach der *#MeTwo* modelliert wurde.

Während der Sommer selbst im Zeichen von Özil und der *#MeTwo*-Twitter-Kampagne beschäftigt war, debattierte das Parlament vor der Sommerpause über Antisemitismus (Einwanderer oder Muslime) und nach der Sommerpause über die AfD und Chemnitz. Dr. Felix Klein, der Delegierte der Regierung zu Fragen des Antisemitismus und des jüdischen Lebens in Deutschland, erwähnte in einem Interview mit dem *Islamophobie-Bericht,* dass es diskutiert worden sei, auch einen Delegierten der Regierung zu Fragen des Rassismus zu installieren. Nachdem aber in Berlin während der Demonstrationen gegen Donald Trumps Entscheidung, die US-Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, eine israelische Flagge verbrannt worden war, nahm die Diskussion einen anderen Verlauf.[62] Stattdessen wurde Anfang 2018 eine neue Resolution von Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen im Bundestag eingereicht, die sich ausschließlich mit Antisemitismus befasste. In dem Dokument wird das Parlament aufgefordert, neue Gesetze zu erlassen, die eine erleichterte Möglichkeit schafften, eine Ausweisung antisemitischer Ausländer/Flüchtlinge aus nordafrikanischen und arabischen „Zuchtgebieten" (Nährboden)[63] aus Deutschland zu veranlassen. Sie forderte auch, einen Sonderdelegierten zu den Themen Antisemitismus – eben Felix Klein – zu installieren, der tatsächlich erst fünf Monate später im Mai sein Amt antrat. Das Dokument fordert auch, zu untersuchen, ob die Gesetze ausreichten, um die Boykott-, Divestment- und Sankti-

61. Gouri Sharma, „#MeTwo: Wenn nationalistische Wut aufsteigt, Geschichten vom alltäglichen Rassismus", Al-Jazeera, 4. September 2018, www.aljazeera.com/indepth/features/metwo-nationalist-anger-rises-stories-everyday-racism-180903221934064.html (Zugriffsdatum: 4. September 2019).

62. Interview mit Dr. Felix Klein, *Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland*/ Ernennung zum Delegierten der Regierung für jüdisches Leben in Deutschland, am Heimatministerium Berlin, 7. Dezember 2018. Bemerkenswert ist auch, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz Demonstrationen gegen Trumps Entscheidung, die Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, als „islamistischen Antisemitismus" eingestuft hat. Teilnehmer waren laut Bundesamt für Verfassungsschutz vor allem Palästinenser, Türken und andere muslimische Gruppen mit „Migrationshintergrund". Siehe: BMI, *Verfassungsschutzbericht 2017*, S. 195.

63. Antrag *der* Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/*DIE* GRÜNEN: „Antisemitismus entschlossen bekämpfen", Deutscher Bundestag.

onsbewegung (BDS) gegen Israel als Aufruhr und damit verbundene Aktionen als strafbare Handlungen zu verfolgen. [64]

Das politische Ziel des Dokuments steht auf Seite zwei: „Die absolute Akzeptanz jüdischen Lebens ist der Maßstab für eine erfolgreiche Integration. Wer das jüdische Leben in Deutschland ablehnt oder das Existenzrecht Israels in Frage stellt, stößt auf entschiedenen Widerstand." Kurz darauf folgt die Definition der Internationalen Holocaust-Gedenkallianz: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die als Hass gegen Juden ausgedrückt werden kann. Rhetorische und physische Manifestationen des Antisemitismus richten sich an jüdische oder nichtjüdische Personen und/oder deren Eigentum, an jüdische Gemeinschaftsinstitutionen und religiöse Einrichtungen."[65] Die endgültige Definition im deutschen Dokument fügte jedoch noch einen Satz hinzu. Laut Klein wollte das Kanzleramt, dass eine Zusatzklausel hinzugefügt wird, die besagt: „Außerdem kann auch der Staat Israel, der als jüdisches Kollektiv verstanden wird, zum Ziel dieser Angriffe werden." Eine ähnliche Resolution wurde im Mai in Berlin erlassen, auch mit den Stimmen der Linken.[66]

Im April und Mai 2018 gab es in Berlin-Neukölln auch zwei Demonstrationen gegen den Antisemitismus durch weiße (nichtjüdische) deutsche Männer und Frauen, die Kippot und israelische Flaggen trugen – einer der Aufmärsche wurde als „Kippa Flashmob" bezeichnet. [67] Yael Wilms, eine der Organisatorinnen, ist 2018 durch ihr sogenanntes Jew-Facing[68] während der Demonstrationen in Neukölln zu Ruhm gekommen und hat das Narrativ des Antisemitismus als „muslimisches" und/oder „arabisch-türkisches" Problem vorangebracht.

64. Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg hat BDS bereits unter dem Abschnitt „Rechtsextremismus" gelistet und als antisemitisch bezeichnet. Siehe: „Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2017", *Ministerium Für Inneres, Digitalisierung und Migration,* S. 171. http://www.verfassungsschutz-bw.de/site/lfv/get/documents/IV.Dachmandant/Datenquelle/PDF/2018_Aktuell/Verfassungsschutzbericht_BW_2017.pdf

65. „Arbeitsdefinition des Antisemitismus", International Holocaust Remembrance Alliance https://www.holocaustremembrance.com/working-definition-antisemitism?usergroup=1 (Zugangsdatum: 4. September 2019).

66. Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP, Abgeordnetenhaus Berlin, Drucksache 18/1061, 23. Mai 2018.

67. Alexander Fröhlich, „Demo-Wochenende in Berlin: Kippa-Flashmob zieht durch Neukölln", Tagesspiegel, 25. Mai 2018, https://www.tagesspiegel.de/berlin/demo-wochenende-in-berlin-kippa-flashmob-zieht-durch-neukoelln/22605976.html (Zugriffsdatum: 4. September 2019).

68. Damit meine ich eine fantasievoll ausgestaltete Aneignung jüdischer Identität/ein fantasievolles Outfit, etwa – wie in diesem Fall – durch das Tragen einer dunkelhaarigen, lockige Perücke, einer Davidstern-Halskette, eines Davidstern-Tattoos auf der linken Brust trage, der Änderung des Namens in Yael und des Bekenntnisses zu einer transnationalen und lokalen zionistischen politischen Ideologie, einschließlich der Teilnahme am Marsch gegen Antisemitismus in Neukölln. Jew-Facing oder Kostümjudentum sind in Deutschland jedoch weit verbreiteter als nur dieser eine Fall und können sich sogar auf Menschen erstrecken, die jüdische Familienmitglieder erfinden oder eine eigene jüdische Identität.

Wie Dr. Felix Klein in einem Interview mit der Autorin erklärte, teilte ihm das Bundeskriminalamt[69] (BKA) mit, dass etwa die Hälfte aller gewalttätigen Übergriffe auf Juden in Deutschland von Muslimen verübt worden sein sollen, was vom *Landeskriminalamt* Berlin *(LKA)* nicht bestätigt werden konnte. [70]

Im Oktober 2018 gründeten jüdische Mitglieder der AfD in Wiesbaden (Hessen) eine Gruppe mit dem Namen „Juden in der AfD", kurz JAfD. Die Gruppe begründete ihre eigene Gründung mit einer „unkontrollierten Masseneinwanderung" junger Männer aus einer „islamischen Kultur" mit „antisemitischer Sozialisierung". Das Dokument spricht auch andere Themen an, etwa die „Zerstörung der traditionellen, monogamen Familie" aufgrund des „Gender Mainstreamings". Die Gründung der Gruppe kam in den jüdischen Gemeinden in Deutschland nicht überall gut an.[71] Mehrere Organisationen[72] und Einzelpersonen[73] schrieben öffentliche Statements, in denen sie ihre Missbilligung erklärten und der AfD in erster Linie „Rassismus" und „Antisemitismus" vorwarfen bzw. eine „Gefahr für die Demokratie" darzustellen. Nach vielen Debatten und Forderungen an den *Verfassungsschutz,* die AfD aufs Radar zu bringen, reagierte dieser schließlich im Januar 2019 nach Vorlage eines 450-seitigen Gutachtens: Das – später gerichtlich teilweise erfolgreich angefochtene – Ergebnis war, dass die gesamte AfD ein sogenannter „Prüffall" für den Geheimdienst ist und nicht überwacht wird, aber der rechtsnationale

69. Bundeskriminalamt, „Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2018 – Bundesweite Fallzahlen: Antisemitische Straftaten 2014 – Aug. 18". Unveröffentlichtes Dokument mit freundlicher Genehmigung von Dr. Felix Klein (Veröffentlichungsdatum: Mai 2019). 2014: 1.596 Straftaten, 45 vorsätzliche Körperverletzung. 2015: 1.366 Straftaten, 36 gewalttätige Übergriffe. 2016: 1.468 Vergehen, 34 Angriffe. 2017: 1.504 Vergehen, 37 Angriffe. Bis Januar 2018: 888 Vergehen, 22 Angriffe.

70. Interview mit Daniel Hiltmann und Anke Henke, LKA Berlin, 19. Februar 2019. Originalzitat auf Deutsch: „Die Zahlen für Berlin belegen dies nicht. Vielleicht sind Statistiken mit eingeflossen von NGOs, die auch Sachverhalte unterhalb einer ‚strafrechtliche Schwelle' darstellen und/oder Forschungsergebnisse, die das subjektive Empfinden von Betroffen mit abbilden, z. B. der Antisemitismusbericht vom ‚Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus'." Auch die offiziellen Daten zu antisemitischen Straftaten für 2018 wurden mir mitgeteilt: 78 Prozent seien rechts motiviert gewesen; 15 Prozent wurden der „fremden Ideologie" zugeschrieben; 2 Prozent einer linken Ideologie; 4 Prozent einer religiösen Ideologie; 1 Prozent waren nicht kategorisierbar. Die Veröffentlichung des jährlichen LKA-Berichts „Lagedarstellung politisch motivierte Kriminalität Berlin 2018" fand im Mai 2019 statt und diese kann abgerufen werden unter: https://www.berlin.de/polizei/verschiedenes/polizeiliche-kriminalstatistik/.

71. „Jüdische AfD-Mitglieder gründen Vereinigung", Zeit Online, 7. Oktober 2018, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-10/juden-afd-jafd-vera-kosova (Zugriffsdatum: 4. September 2019).

72. „Gemeinsame Erklaerung gegen die AfD, Keine Alternative für Juden", https://www.google.com/url?sa= t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwjB-t_-mczgAhULsKQKHXv 6AP4QFjAAegQ ICRAC&url=https%3A%2F%2Fwww.zentralratderjuden.de%2Ffileadmin%2Fuser_upload%2Fpdfs%2FGemeinsame_Erklaerung_gegen_die_AfD_.pdf&usg=AOvVaw2qa9roaJilu2cpMS2Lx56c

73. Micha Brumlik, Marina Chernivsky, Max Czollek, Hannah Peaceman, Anna Schapiro, Lea Wohl von Haselberg, „Die AfD vertritt menschenfeindliche und antisemitische Positionen", Zeit Online, 26. September 2018, www.zeit.de/kultur/2018-09/juden-afd-gegenbewegung-positionspapier (Zugriffsdatum: 29. September 2018).

Flügel um Björn Höcke und die Jugendorganisation der AfD (Junge Alternative – JA) diese Einordnung rechtfertigten.[74] In keinem der beiden Fälle geht es jedoch um eine offizielle Überwachung, sondern um eine Bewertung möglicher künftiger Maßnahmen.[75]

Anfang des Jahres hat Kay Gottschalk, ein hoher Parteifunktionär der AfD, bei der AfD-Neujahrsveranstaltung in Krefeld (Nordrhein-Westfalen) zum Boykott aller türkischen Geschäfte aufgerufen, da die Deutschtürken alle Erdogan unterstützten.[76]

Ein Beispiel für Reichsnostalgie zeigte sich Ende Juni 2018 statt, als die AfD unter anderem mit Dr. Alexander Gauland, dem Fraktionschef der AfD im Bundestag, am Kyffhäuser-Denkmal zusammenkam. Das Denkmal wurde Ende des 19. Jahrhunderts in Erinnerung an Kaiser Wilhelm I. errichtet und steht als symbolisches Mahnmal gegen die äußeren Feinde des (damaligen) Reiches, aber auch der inneren wie der Sozialdemokratie. In seiner Rede an der Gedenkstätte stellte Gauland fest, dass „Orientalen und Afrikaner" massenhaft nach Deutschland kämen, nicht um zu arbeiten, sondern viele Kinder zu haben. Ihr Ziel ist offenbar ein „Bevölkerungsaustausch" zwischen Deutschen und „Orientalen und Afrikanern".[77] Diesen Äußerungen Gaulands folgte seine umstrittene Erklärung kurz zuvor auf dem Kongress der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) am 2. Juni: „Wir haben eine glorreiche Geschichte und die, liebe Freunde, dauerte länger als die verdammten 12 Jahre. [...] Ja, wir bekennen uns zu diesen 12 Jahre, aber Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in mehr als 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte."[78]

74. Maria Fiedler und Frank Jansen, „Prüffall: Was war das für die AfD?"; 15. Januar 2018, https://www.tagesspiegel.de/politik/verfassungsschutz-prueffall-was-bedeutet-das-fuer-die-afd/23868648.html (Zugriffsdatum: 4. September 2019)

75. Gleichzeitig werden die linksextreme Zeitung *jungeWelt* und die marxistische Koordinationsgruppe Marx21, die zwei Zeitschriften herausgibt und den jährlichen Kongress „Marx Is Muss" gleichgesinnter Jugendorganisationen organisiert, seit Jahren regelmäßig in die Publikationen des Geheimdienstes aufgenommen. Marx21 wird seit 2013 überwacht, die jungeWelt seit 2014. Siehe: BMI – Bundesministerium des Inneren, „Verfassungsschutzbericht 2017", S. 160 und 161.

76. Michael Passon, „AfD-Aufforderung zum ‚Türken-Boykott': Staatsanwaltschaft in der Kritik", Westdeutsche Zeitung, 16. Juli 2018, https://www.wz.de/nrw/krefeld/afd-aufforderung-zum-tuerken-boykott-staatsanwaltschaft-in-der-kritik_aid-25015185 (Zugriffsdatum: 4. September 2019).

77. Der Flügel, „Kyffhäusertreffen 2018 - Rede von Alexander Gauland", YouTube, 11. Juli 2018, https://www.youtube.com/watch?v=lHGeX55vd00 (Zugriffsdatum: 4. September 2019).

78. Die gesamte Rede mit einer kurzen Einführung Gaulands ist auf einer AfD-freundlichen Website einzusehen: Jürgen Fritz, „Alexander Gaulands vollständige Vogelschiss-Rede", JFB, 7. Juni 2018, https://juergenfritz.com/2018/06/07/vogelschissrede/ (Zugriffsdatum: 4. September 2019).

MEDIEN

In Zeiten sogenannter Fake-News erleben wir, dass die Wahrnehmung stark von der tatsächlichen Realität abweichen kann, wobei einige dieser Falschdarstellungen das Potenzial haben, gefährlich zu werden. Wenn die Bevölkerung eines Landes beispielsweise glaubt, dass die Bevölkerung einer bestimmten Minderheit prozentual viel größer sei als dies tatsächlich der Fall ist, dann könnte die öffentliche Meinung mithilfe von „Verschwörungstheorien" leicht in Gewaltbereitschaft kippen. Oder mit anderen Worten: Wenn sich eine Mehrheit als von einer tatsächlichen Minderheit „überrannt" und „übernommen" wahrnimmt, brauchen wir keine Geschichtsbücher, um die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Im jüngsten Fall Deutschlands hat eine Studie aus dem Jahr 2018 ergeben, dass die Deutschen die Zahl der Muslime in Deutschland stark überschätzen. Einer veröffentlichten Umfrage zufolge glauben die Deutschen, dass mindestens jeder Fünfte in Deutschland ein Muslim sei, genauer genommen etwa 21 Prozent der Gesamtbevölkerung. In Wirklichkeit liegt der Anteil der Muslime in Deutschland bei vier Prozent, weniger als ein Fünftel dessen, was die Menschen tatsächlich dachten.

Der kommerzielle Aufstieg des „Gangsta-Rap" erfolgte im größeren nationalen Rahmen des Rückbaus des Wohlfahrtsstaates und der Erzählungen eines „gescheiterten Multikulturalismus", die ab den 2000er Jahren Platz griffen. Im Jahr 2018 brach rund um die beliebte Musik-Award-Show „Echo", die Preise nach den Kassenergebnissen von Musikkünstlern in verschiedenen Kategorien vergibt, ein emotionaler und transnationaler Skandal aus.[79] In diesem Jahr waren Farid Bang und Kollegah, zwei bekannte Rap-Künstler, mit ihrem Song „08/15" die Gewinner in der Kategorie „Hip Hop/Urban – National". Eine ihrer sogenannten Pointen war: „Mein Körper ist definierter als von Auschwitzinsassen."[80] Die Künstler hatten ihre Texte bereits im Vorfeld der Abschlussveranstaltung vor der Echo-Ethikkommission begründet.[81] Während der Veranstaltung entschul-

79. Seit rund 20 Jahrzehnten *Mainstream*: Die deutsche Hip-Hop-Kultur repräsentierte in erster Linie die (weiße) Mittelschicht (z. B. Fettes Brot, Freundeskreis, Absolute Beginner) oder versuchte zumindest, diese anzusprechen, indem sie gleichzeitig lustige, komische oder pseudo-/romantische Texte, Lifestyles und Musikstil einsetzte. Die kommerzielle Nutzbarmachung des „Gangsta-Rap" schritt ab Anfang der 2000er Jahre recht schnell voran (hauptsächlich mit dem Label Aggro Berlin und Künstlern wie Sido, Bushido, Haftbefehl) und wurde von Künstlern eines anderen Profils präsentiert, die auf provokativen und transgressiven Ausdruck abzielten, um das persönliche Können und das von farbigen Menschen musikalisch zu verkörpern.

80. Kanaxmusik, „Kollegah & Farid Bang - 0815 §185 (JBG 3)", Facebook, 2. Dezember 2017, https://www.facebook.com/watch/?v=1445613002203201 (Zugriffsdatum: 4. September 2019).

81. „Nach Antisemitismus-Vorwürfen: Kollegah und Farid Bang zertrümmern ihren Echo", NEON, 11. August 2018, https://www.stern.de/neon/feierabend/musik-literatur/kollegah-und-farid-bang-zertruemmern-ihren-echo-in-neuem-musikvideo-8207604.html, 11. August 2018, (Zugangsdatum: 4. September 2019).

digte sich Farid Bang, der die Zeile schrieb, beim Publikum und erklärte: „Wir wollten keine negativen Gefühle hervorrufen." Die Kritik am Antisemitismus geriet jedoch so hitzig, dass mehrere Künstler (z. B. Westernhagen und Daniel Barenboim) ihre jahrzehntealten Auszeichnungen zurückgaben und den Echo selbst dafür verantwortlich machten.[82] Der Musikkonzern BMG kündigte im selben Monat (April) die Künstlerverträge und nach 26 Jahren wurde die gesamte Organisation endgültig aufgelöst. Es kam zu Mediendebatten über Antisemitismus im deutschen Hip-Hop und Rap. Zwei Strafanzeigen wegen *Volksverhetzung* gegen die Rapper wurden bei der Stuttgarter Staatsanwaltschaft eingebracht, die sowohl die gegenwärtigen als auch die früheren Lieder der Rapper zum Inhalt hatte.[83] Das Internationale Auschwitz-Komitee schlug Bang und Kollegah vor, Auschwitz zu besuchen, was diese auch taten.[84]

Die einschlägig erfahrene *BILD-Zeitung* war der hauptsächliche mediale Taktgeber in dieser Debatte, zum Beispiel mit Titeln wie „Dumb and Dumber"[85]als Anspielung auf Bang und Kollegah.[86] Interessanterweise konzentrierte sich die Boulevardzeitung in ihren Anschuldigungen schnell auf Kollegah, obwohl Bang derjenige war, der die Zeile schrieb und sang. Laut Kollegah wurden

82. RS, „Nicht ausgestrahlte Szene? Hier entschuldigen sich Farid Bang und Kollegah beim ‚Echo'", Rolling Stone, 30. April 2018, https://www.rollingstone.de/nicht-ausgestrahlte-szene-hier-entschuldigen-sich-farid-bang-und-kollegah-beim-echo-1492237/ (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

83. „Kollegah und Farid Bang: Ermittlungen wegen Volksverhetzung", Kurier, 2. Mai 2018, https://kurier.at/kultur/kollegah-und-farid-bang-ermittlungen-wegen-volksverhetzung/400029955 (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

84. „Umstrittene Rapper in KZ-Gedenkstätte: Kollegah und Farid Bang besuchen Auschwitz", Spiegel Online, 7. Juni 2018, www.spiegel.de/panorama/leute/kollegah-und-farid-bang-besuchen-auschwitz-a-1211812.html (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

85. Philip P. Engel, „Hip-Hop und Judenhass: Dumm und dümmer: Warum Kollegah und Farid Bang für ihre unwürdige Leichenfledderei nicht auch noch geehrt werden sollten", BILD, 4. April 2018, www.bild.de/politik/ inland/kollegah/kollegah-und-antisemitismus-kommentar-55289444.bild.html (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

86. Gleichzeitig gibt es eine rechtsextremistische Rockband, die sich „08/15" nennt. Ihre Songs werden auf YouTube von Nutzern geteilt, die auch solche rechtsextremistischer Bands wie der in der Szene bekannten Oithanasie (ein Wortspiel zur Euthanasie) teilen. Die Songs von 08/15 sind jedoch nicht so populär wie die von Farid Bang und Kollegah (individuell) - vielleicht auch wegen des Musikgenres neonazistischer Musik (Rock, Hardrock und Metal), das sich in einer neuen, multikulturellen Konsumlandschaft nicht so erfolgreich vermarkten konnte. Sie war definitiv nicht cool oder ansprechend genug für die Verbraucher. Und/oder Bang und Kollegahs moralische Übertretungen als kommerzialisierte „prototyp-muslimische Gangster" spiegelten eine soziale Realität einer Gesellschaft wider, die nicht gut zu ihrer „Übernahme" durch Individuen passte, die von ihren Rändern kamen. Vor allem nicht, wenn sie junge, männliche und ehemals arme Rap-Künstler in Form eines Muslims (Farid) oder weißen Muslim-Konvertiten (Kollegah) sind. Farid Bang und Kollegah scheinen immer noch im Vergleich mit der rechtsextremistischen Musikkultur als „in sichtbarer Weise anstößiger" begriffen zu werden. Die Wendung „08/15" bezieht sich im Deutschen einerseits – in abfälliger Weise – auf etwas „Gewöhnliches" und andererseits auf ein Maschinengewehr, das während des Ersten Weltkriegs verwendet wurde. Beide Verwendungen gehen jedoch auf genau diese Waffe zurück, die von der damaligen deutschen kaiserlichen Armee benutzt wurde.

Antisemitismus-Vorwürfe virulent, nachdem er 2016 nach Palästina gegangen war und während seiner Reise einen Dokumentarfilm gedreht hatte.[87]

Bislang haben sich der deutsche Staat oder die Medien weit weniger um eine strengere Überwachung und Berichterstattung der ständig wachsenden Neonazi- und rechten Underground-Musik- und Festivalszene gekümmert: erst im ersten Halbjahr 2018 fanden bundesweit rund 131 Musikveranstaltungen mit rund 13.000 Gästen statt (rund 1,4 Veranstaltungen pro Tag). Die Gäste solcher Veranstaltungen sollen sich so sicher sein, unbehelligt zu bleiben, dass sie im Umfeld der Veranstaltungen sogar vor den Augen der Polizei Hitlergrüße gezeigt haben sollen – obwohl diese in Deutschland illegal sind. 2017 sollen rund 300 Veranstaltungen mit insgesamt etwa 30.000 Teilnehmern stattgefunden haben. Thüringens Innenministerium musste sogar zugeben, dass es schwierig sei, den Veranstaltern solcher Konzerte das Recht auf Versammlungsfreiheit zu verweigern. Das Recht auf Versammlungsfreiheit scheint damit in krassem Gegensatz zur Meinungsfreiheit in den Künsten zu stehen, wenn es um muslimische Rap-Künstler in Deutschland mit einer abweichenden politischen Meinung zur Außenpolitik und einer scheinbar aggressiven Performance[88] geht. Schließlich ist irgendwo zwischen Klasse und Rasse der gewöhnliche Verbraucherbürger, der buchstäblich kauft, was er will, so wie andere bei der Wahl für das stimmen, was sie mögen.

JUSTIZWESEN

Das Rechtssystem, insbesondere das Migrations- und Asylrecht, war mit das Erste, was sich mit der Zunahme rassistischer oder islamophober Angriffe gegen Flüchtlinge oder Farbige änderte. Innerhalb der CDU gab es im Nachfolgekampf um Merkels Thron 2018 Debatten über Änderungen des deutschen Grundrechts auf Asyl. Ähnlich wie in dieser Debatte verhält es sich bezüglich des von Seehofer vorgelegten „Migrationspakts" der Koalition. Auf der Homepage des Heimatministeriums heißt es in einer Zusammenfassung des Paktes: „Dieser Masterplan basiert auf der Überzeugung, dass Deutschland seine externe Verantwortung nur

87. Alpha Music Empire „Kollegah in Palästina (Eine StreetCinema Dokumentation)", YouTube, 29. November 2016, www.youtube.com/watch?v=AOqNrC_ILIM (Zugangsdatum: 5. September 2019).

88. „131 Neonazi-Konzerte in der ersten Jahreshälfte", Frankfurter Allgemeine, 14. August 2018, www.faz.net/aktuell/politik/inland/131-neonazi-konzerte-in-der-ersten-jahreshaelfte-15737345.html (Zugriffsdatum: 5. September 2019). Weitere Informationen gibt es auch hier: Kleine Anfrage und Antwort der Bundesregierung, „Musikveranstaltungen der extremen Rechten", Deutscher Bundestag, Drucksache 19/2489 (5. Juni 2018); Deutscher Bundestag, Drucksache 19/3751 (9. September 2018); Deutscher Bundestag, Drucksache 19/5543, (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

übernehmen kann, wenn gleichzeitig der innere Zusammenhalt erhalten bleibt." Weiter heißt es auf der Homepage, dass sich „eine Situation wie 2015" nicht wiederholen dürfe und der Masterplan eines der Instrumente sei, „um die Spaltung in unserer Gesellschaft zu überwinden". Der Masterplan beinhaltet einen „Marshall-Plan für Afrika", eine „Beschäftigungsoffensive" für den Nahen Osten, die dort Arbeitsplätze schaffen soll, sowie Auswanderungsberatung (für diejenigen, die nach Deutschland auswandern wollen) und bereits bestehende Rückkehrberatungszentren für diejenigen, die freiwillig zurückkehren möchten in den Irak, nach Ghana, das Kosovo, nach Serbien, Albanien, Tunesien, Marokko und den Senegal. Er enthält auch Ideen wie jene, dass Flüchtlinge oder Asylsuchende, die in Deutschland ein Verbrechen begangen haben, ausgewiesen werden sollen, sowie eine von Europa geführte Polizei- und Frontex-Truppe, um offene Gewässer zu sichern.[89] [90] Betrachtet man die tatsächliche Zahl der Menschen, denen der Status zuerkannt wird[91], ist es jedoch schwer, die politischen Krisen zu verstehen, die sich abgezeichnet hatten: Ende 2017 lebten bei rund 83 Millionen Einwohnern insgesamt 644.277 Flüchtlinge in Deutschland, mehr als die Hälfte kam aus Syrien. Hinzu kamen Ende Juni 2018 weitere 42.572 Asylsuchende[92] und 217.081 jüdische Auswanderer aus der ehemaligen UdSSR.[93]

Flächendeckend beachtete Verbrechen und Skandale nährten weitere hysterische Momente rund um Migration in der deutschen Politik.[94] Im April 2018 wurde das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in einen solchen verwickelt, bei dem offenbar 1.200 Asylanträge ohne rechtliche oder politische Grundlage bewilligt wurden. Der Skandal führte zu einer bundesweiten Debatte mit Horst Seehofer im Zentrum, der diesen nutzte, um die gesamte aktuelle Asylantragspolitik in Frage zu stellen. Politischer Druck führte auch dazu, dass im Nachhinein 18.000 Asylanträge erneut bearbeitet wurden. Öffentliche Missstände und Massenproteste haben die Kriminalität von Migranten und Flüchtlingen als Grund-

89. Siehe Webseite der Bundeszentrale für Migration und Flüchtlinge: https://www.returningfromgermany.de/en/

90. „Masterplan Migration: Maßnahmen zur Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung", Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat 4. Juli 2018, www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/migration/masterplan-migration.pdf?__blob=publicationFile&v=7 (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

91. Auf Rechtsgrundlagen wie z. B. nach den Genfer Konventionen.

92. Auf Rechtsgrundlagen wie dem Dublin-Abkommen und dem deutschen Grundgesetz, Art. 16a.

93. Deutscher Bundestag, Drucksache, 19/3860, 17. August 2018.

94. Christopher Schütze und Michael Wolgelenter, "Fact Check: Trump's False and Misleading Claims about Germany's Crime and Immigration", The New York Times, 18. Juni 2018, www.nytimes.com/2018/06/18/world/europe/fact-check-trump-germany.html (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

lage benutzt, um ihre politischen Positionen zu stärken, obwohl die öffentliche Statistik eine Zunahme der Kriminalität zumindest gemessen an der Zahl der Anzeigen eindeutig widerlegte. [95] [96]

Die politischen Randbereiche, im denen sich Sicherheits- und Asylfragen überlappen, sind auch jene, wo (zukünftige) Möglichkeiten staatlicher Gewalt gegen die am stärksten präkarisierten (d. h. Flüchtlinge) in den Vordergrund treten und wo Macht und Klasse wieder zusammenkommen. Mariam Puvogel Chakib hebt bei der Einordnung der Ränder des genannten Diskurses insbesondere die Not der tschetschenischen Flüchtlinge hervor, die seit langem schon im Voraus in die Nähe von Kriminalität und Terrorismus gerückt werden.[97] Puvogel Chakib geht beispielsweise auf Fälle im Sommer 2018 ein, da junge männliche „Chechnian endangerers"*(Gefährder)* nach einem Streit zwischen einer Gruppe Afghanen und Tschetschenen auf einem Fußballplatz in Chemnitz am Vortag zufällig eingesperrt wurden. Nach der Auseinandersetzung wurden 26 tschetschenische Männer eingesperrt, ohne dass rechtlich relevante Gründe angegeben wurden: Es gab keine polizeilichen Vernehmungen, Menschen wurden gezwungen, sich nackt ohne Decken in ihren Zellen auszuziehen und zu schlafen, Wasser wurde zurückgehalten, sogar für diejenigen, die es für die Einnahme von Medikamenten benötigten. Bei der polizeilichen Durchsuchung der Asylheime der Festgehaltenen wurden Frauen und Kinder mit vorgehaltener Pistole gezwungen, an der Wand zu stehen. Und während die Polizei die illegale und ungerechtfertigte Inhaftierung dem Ministerium für Migration und Asyl mitteilte, obwohl keiner der Inhaftierten beschuldigt wurde, an der Gewalt auf dem Fußballplatz beteiligt gewesen zu sein, erhielten einige von ihnen kurz darauf Ablehnungsbenachrichtigungen bezüglich ihrer Asylanträge.[98]

Die Nachricht von möglichen Bedrohungen durch die deutsche Polizei selbst hat die deutsche Nation 2018 beschäftigt. Bereits 2016 erklärte der stellvertretende

95. Jan Bielicki, „Nur wenige Flüchtlinge haben Bleiberecht erschlichen", Süddeutsche Zeitung, 20. August 2018, www.sueddeutsche.de/politik/bundesamt-fuer-migration-nur-wenige-fluechtlinge-haben-bleiberecht-erschlichen-1.4096796 (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

96. Marlene Grunert, „Das sagt die Statistik über Ausländer und Straftaten", Frankfurter Allgemeine, 22. Juni 2018, www.faz.net/aktuell/politik/inland/kriminelle-migranten-statistik-ueber-auslaender-und-straftaten-15652784.html (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

97. Ein weiteres Beispiel ist die Anfrage von Carsten Hütter (AfD) an die sächsische Landesregierung, in der dieser wissen wollte, wie viele deutsche und ausländische Sinti und Roma angeblich im Freistaat Sachsen leben – um in weiterer Folge zu eruieren, wie viele Angehörige dieser Gruppen gegen die Schulpflicht verstoßen, und wie viele von staatlicher Unterstützung leben. Siehe: Sächsischer Landtag, Drucksache 6/13730, 1. Juni 2018.

98. Mariam Puvogel Chakib, „Von Gefährdeten zu ‚Gefährdern'", Analyse & Kritik, 15. Januar 2019, https://www.akweb.de/ak_s/ak645/12.htm?fbclid=IwAR0kYoURNU1zllGbff4czsRLLT3HWxMPja_7P6wvV1366JqoP_MGNyQeH3U (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

sächsische Ministerpräsident Martin Dulig (SPD) ganz kühn, dass er sich immer wieder gefragt habe, ob die politischen Einschätzungen von Polizei und *Verfassungsschutz* im Umgang mit rechter Gewalt oder Angriffen auf Flüchtlinge und „Persons of Color" im Allgemeinen immer richtig seien. Er ging sogar noch weiter und erklärte, dass der Einsatz von mehr Polizeipersonal gegen die rassistisch motivierte Gewalt der letzten Jahre dem gesamten Problem nicht gerecht wird. Stattdessen, so Dulig, habe die Polizei in Sachsen – qualitativ gesehen – ein Problem mit Rassismus, während sie der AfD und Pegida nahestehe.[99] Das Jahr 2018 brachte bundesweit einige rechtsextreme Vorfälle innerhalb der Polizei zutageg: Im Dezember wurde in Frankfurt/Main eine rechtsextremistische Polizeizelle und eine dazugehörige WhatsApp-Chatgruppe mit rassistischen Inhalten aufgedeckt. Einer Gruppe von vier Polizisten und einer Polizistin wird unter anderem vorgeworfen, mit einem rassistischen Fax an eine deutsch-türkische Anwältin in Verbindung zu stehen, das ihre persönliche Adresse und den Namen ihrer zweijährigen Tochter enthielt und die Ankündigung enthielt, sie zu „schlachten" - der Absender nannte sich „NSU 2.0". Die Nachricht enthielt typische Formulierungen aus dem Bereich des Polizeislangs. Seda Basay-Yaldiz war eine der Anwälte, die die Opfer im NSU-Prozess vertreten hatte, der im Herbst 2018 zu Ende ging.[100] Mustafa Kaplan, ein weiterer Anwalt, der auch die NSU-Opfer in diesem Prozess repräsentierte, erhielt im Dezember ebenfalls einen Brief, der mit „NSU 2.0" unterzeichnet wurde – aus in den Medien nicht erwähnten Gründen glauben die Behörden jedoch, dass dieser Brief von einem Trittbrettfahrer stammte. Weitere Briefe wurden an andere Anwälte, Medien und staatliche Stellen geschickt.[101] Diesen Vorfällen folgten kurz darauf weitere Fälle rechtsextremistischer Zellen in Polizeistationen in Wiesbaden, Fulda und Offenbach in Hessen – am Ende wurde gar von einem angeblichen „rechtsextremistischen Netzwerk innerhalb der hessischen Polizei" gesprochen.[102]

99. „Minister wirft eigener Polizei Nähe zu Pegida vor", Spiegel Online, 3. März 2017, www.spiegel.de/politik/deutschland/sachsen-polizei-sympathisiert-laut-minister-martin-dulig-mit-pegida-a-1080343.html, (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

100. „Ermittlungen wegen ‚NSU 2.0' in Frankfurt: Fax von ganz rechts", Spiegel Online, 17. Dezember 2019, www.spiegel.de/panorama/justiz/frankfurt-mutmassliche-rechtsextreme-zelle-in-der-polizei-was-ueber-den-nsu-2-0-bekannt-ist-a-1244092.html (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

101. „Frankfurter Anwältin soll weitere Drohbriefe erhalten haben", Zeit Online, 29. Januar 2019, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-01/seda-basay-yildiz-frankfurter-anwaeltin-polizei-rechtsextremismus (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

102. Katharina Iskandar, „Polizeiskandal in Hessen: Rechtsextreme Vorfälle in drei weiteren Polizeipräsidien", Frankfurter Allgemeine, 18. Dezember 2018, https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/polizeiskandal-in-hessen-rechtsextreme-vorfaelle-in-drei-weiteren-polizeipraesidien-15948499.html?fbclid=IwAR14J5adTSkUbZqiEBWpSZNKIRkoTaGSBl0D6QFRZ2bnv-Bkzd1rDQgHgY (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

Die Angelegenheit erinnert an den Untersuchungsbericht der beiden taz-Journalisten Martin Knaul und Christina Schmidt über ein angeblich gut vernetztes rechtsextremistisches Netzwerk in Polizei, Nachrichtendienst und Wehrdienst – bisher sind aber keine Verbindungen untereinander nachgewiesen. Nach Angaben der Regierung gab es in Deutschland von Juni 2016 bis August 2018 insgesamt 71 Straftaten und Gewaltdelikte, die sich auf den NSU bezogen: 14 von ihnen zielten auf Flüchtlinge oder Farbige, und erstaunlicherweise soll keiner der Angreifer mit einer rechtsextremistischen Bruderschaft, Partei oder gar Organisationen oder Netzwerken in Verbindung gebracht worden sein.[103]

INTERNET

Das Internet bietet eine praktikable Plattform für Angriffe auf Minderheiten. Insbesondere die 2002 in Frankreich gegründete, transnational gut vernetzte und rechtsextremistische Identitäre Bewegung (IB) zeigt eine durchdachte Internetpräsenz, die sich, wie im Falle Deutschlands, an spontanen „direkten Aktionen" in Verbindung mit einer professionalisierten Internetpräsenz (Social Media) beteiligt. Wie im letzten Islamophobie-Bericht 2017 berichtet, ist die IB Teil der neuen rechten Bewegung der „Ethno-Nationalisten" und betrachtet Liberalismus als Teil der heutigen politischen Probleme.[104] Ab 2020 wurden mehrere (linke) Zeitungen (taz in Berlin, Frankfurter Rundschau in Frankfurt a. M.), die Zentrale des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ARD sowie die SPD-Zentrale mit Plakaten ins Visier genommen mit der Aufschrift „Wann sprechen Sie von linker Gewalt?" Ein *taz-Mitarbeiter* wurde während einer Begegnung mit den Protestierenden geschubst.[105] Die IB nutzt soziale Medien insbesondere für schnelle Uploads, Videoberichterstattung und Kommunikation. Ihr Proteststil ähnelt direkten Aktionen von Greenpeace,[106] Amnesty International usw. und sie verstehen sich als

103. Deutscher Bundestag, Drucksache 19/3736, 8. August 2018.

104. Die IB teilte sich einige ihrer Mitglieder mit der Jugendorganisation der Alternative für Deutschland (JA), wie Jannik Brämer in Berlin. Weitere enge Verbindungen von IB-Mitgliedern zur AfD betreffen beispielsweise Götz Kubitschek, Herbert Mohr, Marc Vallendar, Joachim Berg, Thorsten Weiß, Mirko Riedel, Christian Schurig, Wilhelm Nolde, Julian Pazotka, Kai Laubach, Robert Timm und Dominik Appold. Die IB ist auch gut mit Verlegern und PEGIDA vernetzt und zeigt eine kaufmännische Kompetenz, die (ältere) rechtsextremistische Bewegungen wie die NPD nicht haben.

105. Henrik Merker, „Identitäre Bewegung greift Zeitungen und Parteibüros an", Zeit Online, 14. Januar 2019, https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2019/01/14/identitaere-bewegung-greift-zeitungen-und-parteibueros-an_27911 (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

106. „Rechte schwenken ihr Fähnchen: ‚Identitäre' klettern aufs Brandenburger Tor", n-tv, 27. August 2016, www.n-tv.de/politik/Identitaere-klettern-aufs-Brandenburger-Tor-article18513421.html (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

eine internationale europäische Bewegung zur „Verteidigung Europas", vor allem gegen Islam und Migration.[107]

Auch bei den rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz spielte das Internet eine zentrale Rolle. Mehrere Neonazi-Gruppen wie Kaotic Chemnitz, die örtliche rechtsextremistische Partei Pro Chemnitz, Pegida und die AfD mobilisierten das ganze Wochenende bis Montag, 27. August 2018. Am darauffolgenden Mittwoch wurde der polizeiliche Haftbefehl gegen die angeklagten zwei Männer, die Daniel H. getötet haben sollen, vom Justizbeamten Daniel Zabel durchgestochen – ein Schritt, der nicht nur illegal ist, sondern von dessen Verteidiger mit seinem Wunsch begründet wurde, „die Wahrheit ans Licht zu bringen". Das letztgenannte Argument erinnert an die häufig verwendete Darstellung zeitgenössischer rechter Bewegungen, die behaupten, dass Staat und Medien entweder „die Wahrheit vertuschen" oder „Lügen verbreiten".[108] Der Haftbefehl zeigte den Namen des angeklagten 22-jährigen Irakers mit seiner Adresse sowie die Namen der Zeugen und des Vorsitzenden Richters. Nach eigenen Angaben schickte Zabel ein Foto des Haftbefehls an Kollegen im Justizapparat, Freunde des toten Daniel H. sowie an die rechtsextremistische Partei und Gruppe Pro Chemnitz, die in erster Linie für die Organisation der Menschenmassen in Chemnitz zuständig war. Der Haftbefehl wurde zuerst von AfD-Politikern und von Pegida-Gründer Lutz Bachmann auf Facebook veröffentlicht – beide Gruppen ritten auf dem Ticket der Islamophobie zur Prominenz. Die Begründung, die Zabel gab, sollte daher als juristischer Schachzug seines Anwalts angesehen werden, denn Zabels juristische Ausbildung bereitete ihn eindeutig darauf vor, das Gesetz viel besser zu kennen. Was plausibler, aber schwieriger zu beweisen ist, ist die Spekulation, dass Zabel versucht haben könnte, sich als „Krieger" gegen das System zu positionieren; ein

107. „Von Rechtsextremen gechartertes Schiff: Crew der ‚C-Star' soll mittellos in Barcelona gestrandet sein", Spiegel Online, 6. Oktober 2017, www.spiegel.de/politik/ausland/identitaere-bewegung-crew-der-c-star-mittellos-in-barcelona-gestrandet-a-1171611.html (Zugriffsdatum: 5. September 2019). 2017 mietete die IB mithilfe von Crowdfunding (die Miete liegt bei rund 64.000 Euro, die Wartung bei rund 200.000 Euro), das Boot *C-Star* im Mittelmeer und ließ die hauptsächlich sri-lankische Besatzung am Ende auf dem Boot allein zurück – die spanische Polizei fand sie in schrecklichen gesundheitlichen Verhältnissen, ohne Wasser oder Nahrung. SOS Mediterranée, eine NGO, die zur Rettung von Flüchtlingen in offenen Gewässern gegründet wurde, kommentierte den scheinbaren „Krieg" im Mittelmeer als „humanitäre Krise". IB-Mitglied Patrick Lenart (Österreich) hatte die Idee, das Schiff zu chartern, um Flüchtlinge abzuholen und sie nach Nordafrika zurückzuschicken; er wollte sogar mit der libyschen Küstenwache zusammenarbeiten, doch diese lehnte ab. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts war es praktisch keinem NGO-Schiff mehr erlaubt, Häfen im Mittelmeer zu verlassen, um Flüchtlinge zu retten.

108. Sybille Klormann, „Warum das Veröffentlichen eines Haftbefehls eine Straftat ist", 31. August 2018, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-08/justiz-veroeffentlichung-haftbefehl-chemnitz-straftat-dresden (Zugangsdatum: 5. September 2019).

Held, der nun von einem „repressiven Stasi-System“ vor Gericht gestellt wird, auf das Pegida, Pro Chemnitz, AfD, IB und andere so oft anspielten. Es kann auch sein, dass er „geopfert“ wurde, um zu verhindern, dass ein noch größeres Netzwerk auffliegt. Für solche Annahmen spricht, dass Zabels Anwalt Frank Hannig die Gründungsversammlung von Pegida leitete, auch wenn er selbst nie beitrat – und er ironischerweise selbst zu DDR-Zeiten ein Stasi-Informant[109] war.[110]

Aus beiden Beispielen wird deutlich, dass die neuen rechten Bewegungen länderübergreifend agieren, personell gut vernetzt sind und das Internet nutzen, um ihre Aktivitäten ähnlich wie die Neuen Sozialen Bewegungen der 90er Jahre bekannt zu machen. Social Media werden für koordinierte „direkte Aktionen“ wie die in Chemnitz, Berlin und Frankfurt genutzt. Das Internet ist ein Mittel, um die Macht und die Wucht derer darzustellen, die sich „betrogen und belogen“ fühlen. Die Möglichkeit, sich als möglichst zahlreich zu präsentieren, ist also auch eine nützliche Einschüchterungstaktik in der Welt anonymer Algorithmen und Aliase. Darüber hinaus zeigt uns das Internet auch, dass es neben neuen Formen der sozialen Organisation, die vor allem im World Wide Web vorkommen, „alte“ Formen demokratischer Partizipation gibt. Es sollte daher als stärker, vitaler und auch gefährlicher bezüglich der Stärkung rechter Bewegungen und islamophober Netzwerke angesehen werden.

ZENTRALE FIGUREN IM ISLAMOPHOBIE-NETZWERK

Neben vielen Personen, die bereits in den vorangegangenen Abschnitten genannt wurden, wird sich dieser Abschnitt ausschließlich auf diejenigen konzentrieren, die sich in höheren Machtpositionen befinden. Manchmal wird es schwierig, bestimmte verbale Manöver etablierter Politiker von denen der extremen Rechten zu unterscheiden.

CDU-Politiker wie die Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann (CDU) erklärten, es gebe „keinen Platz für Muslime in ihrer Partei“. Ihr zufolge zeigten sich Muslime „heute säkular und morgen präsentieren sie sich streng religiös“.[111]

Der nächste in der Reihe war im Jahr 2018 Horst Seehofer (CSU), Ministerpräsident von Bayern von 2008 bis 2018 und Minister für Inneres, Bauen und Gemeinden (Heimatministerium) seit 2018 unter Kanzlerin Angela Merkel. Seine machtpoliti-

109. Stasi – Die Ministerium für Staatssicherheit. Die Stasi arbeitete synchron als Geheimdienst und Geheimpolizei. Sie hatte ihre zivilen Spione, genannt IMs (Informelle Mitarbeiter), *überall* in der Gesellschaft: unter Familien, Freunden, Nachbarn, Kindergärten, Schulen, Universitäten, Arbeit, in Kirchen, etc.

110. David Schraven, Ulrich Wolf und Marta Orosz, „Von der Stasi zu Pegida“, Correctiv, 4. April 2016, https://correctiv.org/aktuelles/artikel-aktuelles/2016/04/04/von-der-stasi-zu-pegida (Zugangsdatum: 5. September 2019).

111. Farid Hafez, „Deutschland und der Aufstieg des ewigen Muslims“, Maydan, 27. September 2018, www.themaydan.com/2018/09/deutschland-rise-eternal-muslim/ (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

schen Herausforderungen an Merkel endeten in hitzigen Debatten und hörten erst auf, als Merkel ihren Rückzug ankündigte. Plötzlich kam Seehofer öffentlich damit heraus, Merkels Politik und Charakter zu würdigen, was er im Laufe des Jahres 2018 eigentlich völlig in Frage gestellt hatte. Eine der erbittertsten Auseinandersetzungen mit Merkel rankte sich um Seehofers Kommentar: „Migration ist die Mutter aller Probleme", der auf seine Bemerkung im Jahr 2016 folgte, als er Merkels Entscheidung, 2015 die Grenzen zu öffnen, als „Herrschaft des Unheils" bezeichnete.[112] Seehofers diskursiver Gipfel kam an seinem 69. Geburtstag, als Seehofer seinen „Masterplan Migration" vorstellte und vor laufenden Kameras erfreut feststellte: „Ausgerechnet an meinem 69. Geburtstag wurden 69 Menschen – die ich nicht bestellt hatte – nach Afghanistan zurückgebracht". Insgesamt sieht dieser Bericht Minister Seehofer 2018 als einen der Hauptanstifter der Islamophobie unter Persönlichkeiten mit verantwortungsvollem öffentlichem und politischem Profil in Deutschland an.

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE INITIATIVEN GEGEN ISLAMFEINDLICHKEIT

Der meistbeachtete Beitrag der Zivilgesellschaft war der Hashtag „MeTwo", der mit Blick auf die Affäre um die rassistische Behandlung von Mesut Özil kreiert wurde. Der Hashtag [113] wurde so bekannt, dass der Initiator, der junge Journalist Ali Can, zum Symbol für eine Debatte wurde, die sonst entweder in akademischen oder Aktivisten-Kreisen stattfand, ohne jemals Mainstream zu werden. Selten geschieht so etwas durch Politik und noch weniger in den sozialen Medien - obwohl letztere das Diskutierte in die Mitte der Gesellschaft katapultierten. Die schiere Flut von Erfahrungen, die von Farbigen getwittert wurden, ließ die Nation für einen kurzen Moment innehalten und über die weitere Entwicklung nachdenken.[114]

Eine Woche, nachdem der rassistische Mob farbige Menschen in Chemnitz gejagt hatte, fand die deutsche Tradition ihren Ausdruck, eine große Party zu

112. „Seehofer: ‚Es ist eine Herrschaft des Unrechts'", Süddeutsche Zeitung Online, 9. Februar 2016, www.sueddeutsche.de/bayern/fluechtlinge-seehofer-es-ist-eine-herrschaft-des-unrechts-1.2856699 (Zugriffsdatum: 5. September 2019). Dieser Satz ist in der Regel eine Anspielung auf die ehemalige DDR oder andere totalitäre Staaten.

113. Ein satirischer Kommentar zu Islamophobie und antimuslimischem Rassismus in der Ära der sozialen Medien stammt vom Instagram-Account „3fD ‚Arabs for Germany'", der über eigene Fotocollagen mit einem „Araber" die aktuelle Politik kommentiert. Das Konto kann unter „arabsfuerdeutschland" besucht werden. Veröffentlicht ist dort zum Beispiel ein Foto aus einer Schulklasse, das angeblich aus den 1930er Jahren stammt: „Die Schule der Zukunft / Ein Ende der Wissenschaft / Ein Ende der politischen Korrektheit / Ein Ende der Toleranz / Es reicht! / Wir wollen den Rohrstock!" Siehe auch: arabsfuerdeutschland "'3fD Arabs für Deutschland", Instagram, 18 August 2018, https://www.instagram.com/p/BmoSWI8n5Rd/ (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

114. Georg Diez, „Diese Geschichten werden unser Land verändern", 29. Juli 2018, www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/metwo-diese-geschichten-werden-unser-land-veraendern-kolumne-a-1220559.html#ref=recom-outbrain (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

schmeißen, um das Gegenteil zu beweisen. Ähnliche Ereignisse fanden bereits in den 1990er Jahren statt, offenbar aber vergeblich. Die Initiative nannte sich selbst „Wir sind mehr!“ und das Konzert fand am 3. September in Chemnitz mit rund 50.000 Party-Demonstranten statt. Es wurde live auf YouTube und dem deutsch-französischen Sender Arte gestreamt.[115]

Nach Chemnitz fand am 13. Oktober zudem die größte „antirassistische“ Demonstration seit Jahrzehnten in Berlin statt und wurde unter dem Motto "Vereint gegen Rassismus" mit dem Hashtag #unteilbar versehen. Angeblich waren es rund 240.000 Demonstranten, obwohl die Organisatoren offenbar nur rund 40.000 erwarteten. Am Ende des Tages fand ein Konzert statt, bei dem der berühmte deutsche Musiker Herbert Grönemeyer auf Türkisch sang.[116]

Nachdem die AfD Kinder dazu bewegen wollte, Lehrer wegen Verstößen gegen das Neutralitätsgesetzt zu melden, haben Lehrer in Berlin gekontert, indem sie sich massenhaft selbst an die AfD „gemeldet“ diese aufgefordert haben, ihre Namen auf die Liste zu setzen. Es kam zu einer öffentlichen Debatte, in der sich potenziell Betroffene durch Vergleiche mit der Verfolgungspolitik der Nazis zu Opfern stilisierten.[117] Dieser Schritt der Schulen und Lehrer wurde durch die GEW, die Deutsche Gewerkschaft für Lehrer und Hochschulpersonal, öffentlich gemacht. Die erste Schule, die sich meldete, war die Lina-Morgenstern-Schule in Kreuzberg (Berlin), wo Lehrer einen gemeinsamen Brief an die AfD schrieben, in dem sie alle darum baten, ihre Namen in die „Denunziationsliste“ aufzunehmen.[118]

115. Wirbleibenmehr „#wirsindmehr – Chemnitz“, YouTube, 3 September 2018, www.youtube.com/watch?-v=T5zhHhkMosQ (Das „Feine Sahne Fischfilet“-Konzert beginnt bei etwa 01:00:00min). Es kam zu Debatten über den Auftritt der mehrere Jahre vom Verfassungsschutz beobachteten Punkband Feine Sahne Fischfilet, der zu Vorwürfen Anlass gab, die Veranstaltung unterstütze „Linksextremismus“ und „Gewaltbereitschaft“ durch Texte wie „Wir sind wieder in unserer Stadt / wir werden vor deiner Burschenschaft scheißen“ und „Die nächste Polizeistation ist nur einen Steinwurf entfernt“. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wurde unter anderem von CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer öffentlich dafür kritisiert, dass er ungeachtet des Auftritts der Gruppe für die Veranstaltung geworben habe. Die Veranstaltung endete friedlich. Weitere Informationen zur Aussprache finden Sie unter: Ansgar Graw and Hannah Lühmann, „Werbung für Linksextreme? Kritik an Steinmeier wegen Konzert-Tipp“, Welt, 3 September 2018, www.welt.de/politik/deutschland/article181390978/Feine-Sahne-Fischfilet-in-Chemnitz-Steinmeier-wegen-Konzert-Tipp-in-der-Kritik.html (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

116. „Gegen Rassismus: Großdemonstration ‚#unteilbar‘ in Berlin“, ARD-Tagesschau, 13. Oktober 2018, www.tagesschau.de/multimedia/video/video-459117.html (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

117. Anna Klöpper, „Protest gegen AfD-Lehrerportal wächst: Berliner Schulen zeigen sich selbst an“, taz, 18. November 2018, www.taz.de/!5548508/ (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

118. Jon Stone: „Deutsche Lehrer melden sich selbst massenhaft bei der weit rechten AfD, nachdem diese Kinder aufgefordert hatte, ihre politischen Ansichten auszuspionieren“, Independent, 22. Oktober 2018, www.independent.co.uk/news/world/europe/germany-afd-far-right-teachers-schools-pupils-political-views-berlin-a8595501.html?fbclid=IwAR2jc8cm1iLXkXR9RPt8nAlFdfqk9sU9Oj MZNhqzpzwVgv7veKaSKy3QGvY (Zugriffssdatum: 5. September 2019).

Eine weniger launige Aktion gab es 2019 in der Nähe von Köln: Ein unabhängiges Kino in Hachenburg (Westerwald) warb für „freien Eintritt für AfD-Mitglieder" in den Film *Schindlers Liste*. Das kommerzielle Kino sollte den Film am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee und deutschen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, zeigen. Unmittelbar danach erschienen ein Online-Video, das eine Bombenexplosion im Kino zeigte, sowie mehrere Hass- und Drohmails. Es folgte eine öffentliche Debatte, ob die Kinobesitzerin Karin Leicher auf „falsche Weise" provoziert haben könnte, und diese weckte wiederum aggressive, auch internationale, Reaktionen. Kritik kam von der CDU, die mit der „Provokation" unnötige Aufmerksamkeit auf die AfD gelenkt sah, doch Hendrik Hering (SPD), Landtagspräsident von Nordrhein-Westfalen, setzte sich für Leicher ein und applaudierte ihrem „kreativen" sozialen Protest. Schließlich beschloss Leicher, die Veranstaltung kostenlos anzubieten und anschließend mit allen Interessierten zu diskutieren.[119] Sie begründete beide Entscheidungen damit, dass es in der Nähe eine lebendige AfD-Szene gebe.[120]

Auch die Vereinigung deutscher Historiker sah sich gezwungen, eine besorgte eigene politische Erklärung – in Englisch und Deutsch – zu veröffentlichen, die auf ihrem Jahreskonvent im September verfasst wurde. Die Historiker waren sich einig, dass sie die jüngsten politischen Entwicklungen in Deutschland als „Gefahr für die Demokratie" zu sehen seien.[121]

Eine ironische politische Intervention im Jahr 2018 kam jedoch von dem berüchtigten Coke Brothers Venture. Ein Unternehmen, dem sonst „Menschenrechts- und Arbeitnehmerrechtsverletzungen", eine „unverblümte Unterstützung

119. Ute Spangenberger, „AfD-Aktion eines Kinos: Viel Aufregung um ‚Schindlers Liste'", Tagesschau, 2. Januar 2019, www.tagesschau.de/inland/kinoaktion-101.html (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

120. „Kehrtwende von Hachenburger Kino: Freier Eintritt in ‚Schindlers Liste' für alle", SWR Aktuell, 3. Januar 2019, www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/koblenz/Umstrittende-Aktion-von-Kino-in-Hachenburg-Schindlers-Liste-mit-freiem-Eintritt-fuer-AfD-Mitglieder,schindlers-100.html (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

121. "Resolution of the Association of German Historians (VHD, Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands) on Current Threats to Democracy", VHD, 27. September 2018, www.historikerverband.de/verband/stellungnahmen/resolution-on-current-threats-to-democracy.html#c1553 (Zugriffsdatum: 27. September 2018). In ihrer Erklärung erläutert die Vereinigung der Historiker ihre Kritik, indem sie historische Analogien zog mit Blick auf „diskriminierende Sprache und Diskurs" zog und Statements über „repräsentative Demokratie, eine Kultur der offenen Debatte und ein Nein zum Populismus", die „Gefahren des Nationalismus", für ein „geeintes Europa", für den „Schutz von Minderheiten und Menschenrechten", „gegen den Missbrauch der Geschichte" usw. abgab. Rund drei Wochen später kamen in einem Artikel der konservativ-liberalen „Frankfurter Allgemeine" kritische Stimmen von Historikern zum Ausdruck, die sich durch die Resolution „unter Druck gesetzt" fühlten und dass diese Entschließung ebenso ein einseitiger Schritt bestimmter Fraktionen innerhalb der Historikerunion war wie Merkels Entscheidung, die Grenzen 2015 zu öffnen. Die Autoren des Artikels kritisierten auch, dass „linke sprachliche Diffamierungen" nicht erwähnt wurden und nannten den „moralischen Impuls" während der gesamten Veranstaltung „peinlich"". Weitere Informationen finden Sie unter: Dominik Geppert and Peter Hoeres, „Resolution von Historikertagen: Gegen Gruppendruck und Bekenntniszwang", Frankfurter Allgemeine, 12. Oktober 2018, www.faz.net/aktuell/feuilleton/hoch-schule/zwei-historiker-wenden-sich-gegen-die-resolution-aus-muenster-15828216.html (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

der konservativen Politik in den USA“ und ein „desaströser Umgang mit der Natur“ vorgeworfen wird, positionierte sich in diesem Jahr als liberale Stimme gegen die AfD. Kurz vor Weihnachten wurde vor der AfD-Zentrale in Berlin eine gefälschte Coca-Cola-Plakatwand mit der Aufschrift „Frohe Feiertage - Sag nein zur AfD“ aufgestellt. Patrick Kammerer, Direktor für Public Affairs & Communications von Coca Cola Deutschland, kommentierte auf Twitter pathetisch: „Nicht jede Fälschung muss falsch sein.“ Anschließend wurden AfD-Mitglieder dabei gefilmt, wie sie als Zeichen des Protests den Inhalt von Coca-Cola-Flaschen in Dachrinnen gossen.[122] Ein weiterer AfD-Vorstoß nutzte ein Gegenplakat, auf dem die AfD Pepsi zum bevorzugten Getränk erklärte, woraufhin Pepsi seine Absicht erklärte, alle rechtlichen Möglichkeiten offen zu halten, die AfD zu verklagen. Schließlich begann die AfD mit lokalen deutschen Cola-Produkten wie Vita Cola (der ehemaligen DDR-Kopie von Coca Cola) zu werben. Vita Cola drohte nicht mit einer Klage, sondern machte in der Öffentlichkeit deutlich, dass ihre Marke für „Toleranz und Weltoffenheit“ stehe und sich gegen die Vereinnahmung durch die AfD wehre.[123]

Im Einklang mit der Großgeschäftspolitik stand die Entscheidung namhafter deutscher Unternehmen (darunter einiger DAX-Unternehmen), eine politische „Haltung“ einzunehmen. Nach den Ereignissen in Chemnitz sahen sich einige gezwungen, die „Gesellschaft nicht weiter als von der Wirtschaft getrennt“ zu behandeln. Ihre Befürchtungen drehten sich vor allem um den internationalen Ruf der deutschen Wirtschaft, Deutschland als Standort für das internationale Geschäft sowie um die vielen internationalen Mitarbeiter. Die Unternehmen befürchteten auch, dass die Geschäfts- und Investitionstätigkeit angesichts der negativen Berichterstattung und der berechtigten Ängste (von Ausländern), die nun (offenbar nur) den „Osten Deutschlands“ betreffen, zurückgehen würde. Reinhard von Eben-Worlée, Präsident des Vereins Familienunternehmen, warnte: „Nicht nur Sachsen, Deutschland als Ganzes, steht vor dem Problem des Fachkräftemangels und muss mit anderen Ländern um ausländische Arbeitskräfte konkurrieren können. Profis kommen nur, wenn ein Klima des Kosmopolitismus herrscht. Dasselbe gilt für Unternehmen.“[124]

122. Patrick Kammerer, Twitter, 3. Dezember 2018, https://twitter.com/PatrickKammerer/status/1069545444253073410, (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

123. „Ärger um gefälschtes Anti-AfD-Plakat: Der Cola-Krieg geht weiter – Björn Höcke schießt bei Twitter Eigentor“, Berliner Zeitung, 11. Dezember 2018, www.bz-berlin.de/berlin/der-cola-krieg-geht-weiter-bjoern-hoecke-schiesst-bei-twitter-eigentor (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

124. Thomas Tuma, Klaus Stratmann, Donata Riedel, Anja Müller, Jannik Tillar, „Ausschreitungen in Sachsen: Unternehmen erheben ihre Stimme gegen den braunen Mob“, Handelsblatt, 29. August 2018, www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ausschreitungen-in-sachsen-unternehmen-erheben-ihre-stimme-gegen-den-braunen-mob/22971732.html?ticket=ST-979472-UpTZd67UHc2RNOF2t90Q-ap1 (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN

Die Wiedervereinigung hat für einen großen Teil der ehemaligen Ostdeutschen nie zu tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Statusgewinnen geführt. Wellen der Arbeitslosigkeit (bis heute über mehrere Generationen hinweg) wurden stattdessen zu einer Realität, die in den bekannten Slogan mündete, dass der Osten „ausverkauft" worden sei. In einem *taz-Interview* mit Tobias Burdukat, einem Sozialarbeiter im ehemaligen Osten Deutschlands, macht der Befragte deutlich, dass die unsichtbaren und gut organisierten Neonazi-Strukturen in ganz Deutschland vorhanden sind. Die Frage, ob die Hashtag-Kampagne „Wir sind mehr!" eine tatsächliche Wahrheit wiedergibt, bleibt seiner Einschätzung nach unbeantwortet. Stattdessen glaubt Burdukat, dass ihr Mantra einfach keine zutreffende Bewertung der Realität ist, und glaubt, dass ein anderer Hashtag wie #whatifnotnow besser gewesen wäre. Um etwas zu ändern, folgert Tobias Burdukat, dass die Menschen langfristig aktiv werden müssen, von den Städten in die Dörfer ziehen und/oder lokale Organisationen und politische Strukturen unterstützen, die versuchen, gegen die vorherrschenden Entwicklungen zu arbeiten. Daher werden die folgenden Empfehlungen ausgesprochen: [125]

- „Critical Whiteness"-Workshops und Schulungen für Polizei- und Verwaltungspersonal, bewertet von einem unabhängigen Ausschuss oder einer unabhängigen Institution, die nicht selbst der Polizei zugehört.
- Zu Vorfällen mit rassistischer Konnotation sollten auch solche in der Umgebung von Moscheen gezählt werden.
- Als rassistische Übergriffe sollten alle Angriffe auf Gebetsräume und/oder religiöse Stätten gezählt werden.
- Mehr öffentliche und institutionelle Debatten darüber, wie Juden und Muslime in einem islamophoben deutschen öffentlichen Diskurs miteinander umgehen sollen.
- Ländliche Gebiete (im Osten und Westen) sollten mehr politische und institutionelle Abdeckung und Repräsentation mit einem Schwerpunkt auf antirassistischen Schulungen, Vielfalt und Geschlechterfragen haben.

125. taz, „Jugendarbeiter über Rechtsextremismus: 'Wir sind nicht mehr", YouTube, 11. September 2018. https://www.youtube.com/watch?v=wAVrEgzXaVM&feature=youtu.be, (Zugriffsdatum: 5. September 2019).

- Ein kritisches und gründliches Verständnis rechtsextremistischer Netzwerke, die sich bis ins Parlament (AfD-Politiker) und das Innere des Staatsapparates (Militär, Geheimdienste, Polizei) erstrecken, sollte durch behördliche und mediale Ermittlungen erfolgen.
- Ein kritisches Verständnis dafür, wie Klassenfragen und Rassismus miteinander interagieren – insbesondere im Hinblick auf den ehemaligen Osten Deutschlands – ist äußerst notwendig, um den Mythos zu dekonstruieren, dass Rassismus nur im Osten Deutschlands und damit Europas existiert.
- Das Thema Islamophobie und Rassismus ist zusammen mit den gesellschaftspolitischen Zersplitterungen des heutigen Gemeinwesens in Deutschland zum prägenden Faktor geworden.

CHRONOLOGIE

- **17.01.2018:** Teile des Parlaments veröffentlichen eine Resolution, in der die Kriminalisierung und Ausweisung antisemitischer Ausländer aus arabischen und nordafrikanischen Herkunftsländern gefordert wird.
- **Januar 2018:** Ein Bericht wird veröffentlicht, der zeigt, dass die Deutschen die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime stark überschätzen.
- **April 2018:** Die Rap-Künstler Farid Bang und Kollegah werden des Antisemitismus beschuldigt und der gesamte Musikpreis „Echo“ wird nach 26 Jahren eingestampft.
- **Mai 2018:** „Kippa Flashmobs“ von Deutschen, die sich in jüdischem Outfit präsentieren, demonstrieren gegen Antisemitismus im Berliner Migrantenviertel Neukölln.
- **02.06.2018:** Rede Gaulands (AfD), in der es heißt: „Nazis waren nur ein Vogelschiss in mehr als 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“
- **Juni 2018:** Pegida-Demonstration in Dresden findet statt, auf der gemünzt auf Bootsflüchtlinge im Mittelmeer „Absaufen! Absaufen! Absaufen!“ skandiert wird.
- **22.07.2018:** Mesut Özil kündigt auf Twitter an, sich aus der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft zurückzuziehen, und begründet dies mit „Rassismus“.
- **24.07.2018:** Ali Can prägt den Twitter-Hashtag #MeTwo und gibt Menschen, die Rassismus erlebt haben, die Möglichkeit, ihre Erfahrungen zu schildern.

- **Juli 2018:** Der NSU-Prozess geht zu Ende und die Familien der Opfer schwören, den Fall vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen.
- **25.08.2018:** Daniel H. wird in Chemnitz getötet.
- **26.08.2018:** In Chemnitz (Sachsen) findet eine Großdemonstration gegen Flüchtlinge und Zuwanderer statt, die von rassistischen Parolen begleitet wird und auf die in den darauffolgenden Tagen und Wochen weitere folgen werden.
- **03.09.2018:** In Chemnitz findet eine „antirassistische" Musikdemonstration mit rund 50.000 Teilnehmern statt.
- **05.09.2018:** Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer (CDU) erklärt: „Es gab keinen Mob, es gab keine Verfolgungsjagd, es gab kein Pogrom" in Chemnitz.
- **05.09.2018:** Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) erklärt: „Migration ist die Mutter aller Probleme."
- **21.09.2019:** Björn Höcke (AfD) erklärt, seine Partei wolle die „rohen" Ausdrucksformen des zivilen Protests „intellektuell verfeinern".
- **22.09.2018:** Amed Ahmad stirbt, nachdem er in seiner Zelle schwere Verbrennungen erlitt.
- **27.09.2018:** Die Historikergesellschaft verkündet in einer öffentlichen Stellungnahme, dass die jüngsten politischen Entwicklungen in Deutschland eine „Gefahr für die Demokratie" darstellen.
- **13.10.2018:** In Berlin findet eine „antirassistische" Demonstration mit rund 240.000 Teilnehmern statt.
- **16.11.2018:** Die taz *(tageszeitung)* veröffentlicht einen Untersuchungsbericht über „Neonazi-Netzwerke" in Militär, Polizei und Nachrichtendiensten, die in Deutschland, der Schweiz und Österreich tätig seien.
- **November 2018:** Berliner Lehrer melden sich bei der AfD, nachdem diese die Schüler aufgefordert hat, linke Lehrer anzuprangern.
- **Dezember 2018:** In Hessen (Westdeutschland) werden mehrere rechtsextremistische Polizeinetzwerke aufgedeckt.

SETA | BERICHT

DEUTSCHER ISLAMOPHOBIEBERICHT 2018

ANNA-ESTHER YOUNES

Der diesjährige Bericht konzentriert sich auf die engen Verflechtungen von Rasse, Klasse und Herrschaft. Er arbeitet Verbindungen zwischen europäischen Grenzregimen, Sozialpolitik und Islamophobie in Deutschland im Jahr 2018 heraus. Vor diesem Hintergrund ist Migration der Dreh- und Angelpunkt, durch den rassifizierende Ausschlüsse hauptsächlich stattfanden. Wenn man berücksichtigt, dass verschiedene Gruppen in unterschiedlicher Weise rassifiziert werden, ist es auffällig, dass Erfahrungen von „Schwarzsein" und „Arabisch-/Muslimischsein" einander immer mehr ähneln. Dabei handelt es sich z. B. um zeitgenössische Diskussionen rund um Antisemitismus, Entwicklungen, die die Erfahrungen von schwarzen US-Amerikanern widerspiegeln: eine Politik der plötzlichen Inhaftierung mit möglichen lebensbedrohlichen Konsequenzen; prekäre Arbeitsbedingungen bis hin zur völligen Ausbeutung; eine Grenzpolitik, die Europa gegenüber Afrika und dem Nahen Osten abriegelt; oder einfach Ähnlichkeiten in der Kulturpolitik, besonders hinsichtlich der Rap-Musik und im Sport. Das Jahr 2018 hat zudem gezeigt, dass „Migration" und „Asylpolitik" die vorherrschenden Räume sind, in denen ein tödlicher Dreiklang von Migration, Asyl und Rasse zusammenkommen kann, etwa wenn das Publikum bei einer öffentlichen AfD-Veranstaltung mit Blick auf Seenotflüchtlinge „Absaufen, absaufen, absaufen!" skandiert. Islamophobe Diskurse in Deutschland haben sich in ihren konzeptuellen Benennungspraktiken in den vergangenen 70 Jahren vom „Gastarbeiter" über den „Ausländer", zum „Muslim" und heutigen „Wirtschaftsmigranten" und/oder „-flüchtling" schlussendlich zur (islamistischen) physischen „Bedrohung" verschoben. Dies legt auch eine rassifizierende Ökonomie offen, die frühere Gastarbeiter und deren Beiträge nicht nur diskursiv entwertet (vom „Gast-/Arbeiter" zum „Muslim" und zur „Bedrohung"), sondern die dieselben Gruppen durch ihre verschiedenen Benennungspraktiken nun auch als ökonomische „Trittbrettfahrer" oder existenzielle „Bedrohungen" betitelt. Obwohl laut offiziellen staatlichen Statistiken in Deutschland die Anzahl der physischen Angriffe gegen deutsche Muslime, Geflüchtete und Migranten gesunken ist, gibt es genug Anlass zur Sorge: Die sogenannten „Konservativen Revolutionäre" der alten und neuen Rechten professionalisieren sich politisch, ökonomisch sowie in den sozialen Medien, bis hin zu professionell organisierten Musikveranstaltungen und militärischen Trainings. Die Formen der politischen Gewalt, die 2018 zu erleben waren, sind gekennzeichnet von einem Menschen jagenden Mob, koordiniert durch das Internet – wie in Chemnitz, wo (weiße) westliche Globalisierungsopfer die Opfer des westlichen Imperialismus und des Krieges durch die Straßen jagten. Im Jahr 2018 war Islamophobie in Deutschland somit weiterhin eine in gefährlicher Weise erfolgreiche Politik mit wachsender Tendenz zu mobartiger Straßengewalt.

SETA

ANKARA • ISTANBUL • WASHINGTON D.C. • KAIRO • BERLIN • BRÜSSEL

9 786257 040334